

## Quo vadis, Slowakei? Von der eingeleiteten Demokratie zum Autoritarismus?

Schneider, Eleonora

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schneider, E. (1997). *Quo vadis, Slowakei? Von der eingeleiteten Demokratie zum Autoritarismus?* (Berichte / BIOst, 36-1997). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43131>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183



## Inhalt

|  | Seite |
|--|-------|
| Kurzfassung.....   | 3     |
| <b>Einleitung</b> .....  | 5     |
| <b>Die autoritäre Politik der Regierung Mečiar</b> .....   | 6     |
| Entwicklung in der Wirtschaft .....  | 7     |
| Entwicklung in der Politik .....   | 8     |
| Besetzung entscheidender staatlicher Machtbereiche durch die<br>Regierungskoalition.....               | 11    |
| Das verschärfte Pressegesetz.....  | 13    |
| <b>Diffamierungskampagne gegen den Staatspräsidenten</b> .....   | 14    |
| Die Entführungsaffäre .....  | 16    |
| <b>Vorbereitung einer Verfassungsrevision</b> .....  | 18    |
| <b>Das Phänomen des slowakischen Nationalismus</b> .....   | 19    |
| <b>Einige umstrittene Fälle der slowakischen Gesetzgebung unter<br/>der<br/>Regierung Mečiar</b> ..... | 21    |
| Der ungarisch-slowakische Grundvertrag.....  | 21    |
| Slowakische Minderheitengesetzgebung und Minderheitenpolitik .....                                     | 24    |
| Das Sprachgesetz.....  | 26    |
| Die Territorial- und Verwaltungsreform.....  | 29    |
| Das Gesetz zum Schutze der Republik .....  | 30    |
| <b>Die Konsequenzen von Mečiar's Politik für die SR</b> .....  | 32    |
| Innenpolitische Auswirkungen.....  | 32    |
| Außenpolitische Konsequenzen .....   | 34    |
| <b>Fazit</b> .....   | 37    |
| Summary .....  | 39    |

26. Mai 1997

Dieser Bericht ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, hervorgegangen.

Die Verfasserin war bis Ende Juni 1996 Mitarbeiterin des von der Volkswagen-Stiftung finanzierten Forschungsprojekts "Die Überwindung des Kommunismus in der Tschechischen und der Slowakischen Republik" am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln.

Redaktion: Wolf Oschlies

**Eleonora Schneider****Quo vadis, Slowakei?**

## Von der eingeleiteten Demokratie zum Autoritarismus?

Bericht des BIOst Nr. 36/1997

**Kurzfassung***Vorbemerkung*

Mit der Entstehung des souveränen Staates Slowakische Republik (offiziell *Slovenská republika*, SR, zumeist nur *Slovensko*) begann eine Entwicklung, die eine Reihe widersprüchlicher Tendenzen aufweist. Seit der Machtübernahme der gegenwärtigen Regierung unter Vladimír Mečiar lassen sich in der slowakischen Politik ausgeprägte antidemokratische und nationalistische Tendenzen feststellen. Diese Entwicklungen, die in diesem Bericht untersucht werden, kommen einerseits in dem autoritären Regierungsstil zutage, andererseits spiegeln sie sich in der neuen Gesetzgebung wider.

Der Bericht stützt sich vorwiegend auf Analysen slowakischer Sozialwissenschaftler der Akademie der Wissenschaften, der Comenius-Universität in Bratislava sowie auf die slowakische Tagespresse.

*Ergebnisse*

1. Die politische Krise in der Slowakei ist mittlerweile ein Dauerzustand, obwohl sich das Parlament in einer demokratisch fragwürdigen Weise konsolidiert hat. Ein signifikanter Krisenfaktor ist der anhaltende Machtkampf zwischen der Regierung und der Opposition, der sich zu einem unerbittlichen Kampf um die weitere Entwicklung der Slowakei ausgewachsen hat.
2. Nach der Machtübernahme im Jahre 1994 ging die Regierungskoalition dazu über, alle parlamentarischen Kompetenzen in ihrer Hand zu konzentrieren, die Positionen in den Kontrollorganen (etwa in den Parlamentsausschüssen oder Aufsichtsgremien von Radio und Fernsehen) in ihrem Sinne zu besetzen, womit sie die Mitwirkungsrechte der Opposition stark einschränkte. Mit einfacher Mehrheit (82 von 150 Stimmen) wurden Gesetze erlassen, die die Rechte der Exekutive in allen gesellschaftlichen Bereichen bedeutend erweiterten. Durch die eingeschränkte parlamentarische Kontrolle, den politischen Einfluß und eine klientelhafte Struktur konnten die drei Regierungsparteien nach und nach alle für die Lenkung des Staates und die Meinungsbildung entscheidenden Positionen in Staat und Wirtschaft besetzen.
3. Die skrupellose Kampagne gegen das Staatsoberhaupt Michal Kováč, die in dem bislang ungeklärten Entführungsfall seines Sohnes ihren Höhepunkt erreichte, versetzte die

Slowakei in einen "Ausnahmestand". Allen Indizien nach wurde die Entführung vom slowakischen Geheimdienst (SIS) durchgeführt. Höchste Amtsinhaber sind in den Fall verwickelt, nämlich der Direktor des SIS, Ivan Lexa, sowie der Innenminister Ľudovít Hudek (beide HZDS), die später abgesetzt wurden. Der bisherige Verlauf der Aufklärung der Entführungsaffäre – mit massiven Vertuschungsversuchen des jetzigen Ermittlerteams und der Staatsanwaltschaft, mit Beteiligung des Staatsfernsehens an einer Gegenkampagne und Manipulation von Zeugen, zuletzt sogar mit einem toten Ex-Ermittler – lassen ernsthafte Sorgen über rechtsstaatliche Standards des slowakischen Staats und die Rolle des Geheimdienstes aufkommen.

4. Gegen Ende 1995 und im Verlauf des Jahres 1996 hatte das Parlament mehrere umstrittene Gesetze verabschiedet, die für eine große Aufrühr im Oppositionslager und in der regierungskritischen Öffentlichkeit sorgten. Mit einem neuen "Sprachgesetz" und einer Gliederungs- und Verwaltungsreform wird in kleinen Schritten versucht, den Rechtsstatus der in der Südslowakei lebenden ungarischen Volksgruppe auf einen historisch überkommenen Minderheitenstandard zurückzuschrauben. Mit dem Gesetz zum "Schutze der Republik" sollte jede Möglichkeit eröffnet werden, Kritik an der Regierung unter Strafe zu stellen.
5. Die antiungarische Politik und nationalistische Propaganda der Regierungsparteien läßt auch die historische Bedeutung des ungarisch-slowakischen Grundvertrags fraglich erscheinen. Vor allem scheint der Wille, die dort verbrieften Minderheitenrechte in der Praxis zu verwirklichen, zweifelhaft.
6. Die Regierungspolitik Mečiar wirkt sich auf die Systemreform und die Stabilität des Landes negativ aus. Die junge Demokratie der Slowakei gerät immer mehr in Gefahr, je mehr sich die autoritären Züge der Regierungspolitik verschärfen und die Demokratie auf parlamentarischer Ebene weiter ausgehöhlt wird. Die Regierung V. Mečiar beschäftigt sich mehr mit der Festigung ihrer politischen und ökonomischen Macht als mit der Umsetzung demokratischer Reformen und der Wirtschaftstransformation. Das hat der Slowakei mehrmals scharfe internationale Kritik eingebracht.
7. Außerdem hat die Politik Mečiar zu unversöhnlichen Gegensätzen im Inneren des Landes geführt, die von slowakischen Sozialwissenschaftlern als tiefgehende Polarisierung der Gesellschaft in zwei unversöhnliche Lager, in Anhänger und Gegner der Regierungsparteien, bezeichnet werden. Die Spaltung der politischen Szene dehnte sich auch auf die Bereiche Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur aus. Nationale Demagogie, verschärfte Minderheitenpolitik und Radikalisierung der ungarischen Kritik in der Öffentlichkeit führen gegenwärtig dazu, daß sich die Trennlinie entlang der ethnischen Zugehörigkeit gleichfalls zu vertiefen beginnt.
8. Für die Außenpolitik könnte das Abweichen vom Kurs demokratischer Reformen weitreichende Konsequenzen haben. Sollte die Slowakei aus dem Kreis der Anwärter auf eine EU- und NATO-Mitgliedschaft herausfallen, wäre internationale Isolation die Folge. Die verstärkte Fixierung der Slowakei auf die Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation wäre kein guter Ersatz.

## Einleitung

Die Entstehung der Slowakischen Republik<sup>1</sup> als eigenständiger Staat (1. Januar 1993) wird im allgemeinen auf das tschechisch-slowakische Pattergebnis in den Parlamentswahlen von 1992 zurückgeführt. Der Wahlausgang<sup>2</sup> zwang zwei sehr unterschiedliche und in entgegengesetzte Richtungen steuernde Parteien, eine Koalitionsregierung im föderalen Parlament einzugehen: die tschechische "Bürgerlich-Demokratischen Partei" (ODS) von V. Klaus und die slowakische "Bewegung für eine demokratische Slowakei" (HZDS) von V. Mečiar. Ihre Unvereinbarkeit bestand vor allem darin, daß die Führungseliten andere Transformationsvorstellungen, speziell in der Wirtschaft, aber auch ein anderes Demokratieverständnis und einen anderen Führungsstil hatten. Aufgrund der geschaffenen Tatsachen und der Inkompatibilität der tschechischen und slowakischen Führungsparteien wurde – nachdem es Unterhändlern nicht gelang, bei der Gestaltung der künftigen weitgreifenden Reformvorhaben und bei der Lösung der umstrittenen tschechisch-slowakischen Kompetenzaufteilung im föderalen Staat Übereinstimmung zu erzielen – eine rasche Entscheidung zur Aufteilung des gemeinsamen Staates getroffen.

Gleichzeitig ist die Entstehung der SR auch das Ergebnis von Bestrebungen nationalistisch, ja separatistisch orientierter slowakischer Kreise, die den slowakischen Nationalismus im Laufe der Jahre 1990-1992 zu neuem Leben erweckten; daraus resultierte dann das, was als "Verselbständigung"<sup>3</sup> der Slowakei bezeichnet werden kann. Die Auflösung der Tschechoslowakei ist jedoch vor allem im Kontext der komplexen Umgestaltungsprozesse nach 1989 zu verstehen. Die Herausbildung einer pluralistischen Parteienlandschaft war nicht nur mit Programmdebatten und Orientierungsschwierigkeiten der politischen Eliten

---

<sup>1</sup> Die Entstehungsgeschichte der selbständigen Slowakei geht jedoch bis zu den nationalen Bewegungs- und Staatsbildungsprozessen im Europa des 19. Jahrhunderts sowie den ungelösten Nationalitätenverhältnissen zuerst in der 1918 gegründeten ersten Tschecho-Slowakei, später im Einheitsstaat der kommunistischen Tschechoslowakei zurück.

<sup>2</sup> Aufgrund der vorherrschenden Inakzeptanz der schnellen Wirtschaftsreform, des Mißtrauens gegenüber der Privatisierung und den neuen Institutionen sowie eines ausgeprägten staatlichen Paternalismus der Slowaken, was auf eine Mischung aus materieller Angst, Desorientierung und postkommunistischer Nostalgie zurückzuführen ist, gelangte 1992 eine "neue" politische Elite an die Macht. Die populistisch orientierte, stark national gefärbte HZDS mit dem charismatischen V. Mečiar bekam den größten Zuspruch, weil sie vor allem eine sozial verträglichere Wirtschaftsreform versprach sowie größere Beachtung der "slowakischen Spezifika" in der kontroversen Diskussion über die Kompetenzaufteilung der Republiken. Was die staatsrechtliche Lösung der ČSFR angeht, warb sie in ihrer verschleierte Wahlaussage sowohl für einen gemeinsamen Staat in Form einer Konföderation als auch für einen selbständigen Staat mit einer "nur völkerrechtlichen Subjektivität". So überrascht es nicht, daß fast die Hälfte der Befragten noch nach den Wahlen 1992 zwar die völkerrechtliche Subjektivität der Slowakei unterstützten, aber keinesfalls ihre Selbständigkeit wollten. Näheres dazu bei: Eleonora Schneider, Politische Eliten in der Ex-Tschechoslowakei, in: Berichte des BIOst, Teil I, 60/1995, und insbesondere Teil II, 19/1996.

<sup>3</sup> Von einer "Verselbständigung" der Slowakei kann deshalb gesprochen werden, weil der Slowakische Nationalrat am 17.7.1992 einseitig die Souveränität der Slowakischen Republik verkündete, während noch die Koalitionsgespräche zwischen der ODS und HZDS liefen. Am 1.9.1992 wurde die slowakische Verfassung verabschiedet, die am 1.10.1992 in Kraft trat, wodurch de facto eine selbständige SR deklariert war.



verbunden. Hinzu kam der noch ungewohnte Machtkampf um Wählerstimmen, der in der Slowakei zum Ausspielen der "nationalen Karte", des tiefstzenden Mißtrauens gegenüber der tschechischen Gesellschaft, führte. Unter der Regierung J. Čarnogursky wurden in der staatsrechtlichen Diskussion laufend eigene Forderungen nach mehr Handlungskompetenzen der Slowakei gesteigert, einschließlich einer eigenen Armee, Währung und Außenpolitik.

Aus der neuen Eigenstaatlichkeit der Slowakei ergaben sich weitreichende wirtschaftliche und politische Folgen. Zu den wirtschaftlichen gehören ein kleinerer Binnenmarkt und ungünstigere wirtschaftliche Ausgangsbedingungen als beispielsweise die Tschechische Republik, deren "Hilfestellung" zudem nicht mehr beansprucht werden konnte. Nach der Abkoppelung von der tschechischen "Transformationslokomotive" hat sich das Tempo der Reformen verlangsamt.<sup>4</sup> Durch die Selbständigkeit entstand eine neue geopolitische Situation mit absehbaren Konsequenzen: Ohne Vermittlung durch das westlich orientierte Prag mußten sich die außenpolitischen Beziehungen und Orientierungen der Slowakei stärker als bisher auf den Osten richten.<sup>5</sup>

In dem neuen und kleinen Staatsgebilde SR (49.036 qkm, 5,3 Mio. Einwohner) kommt den nationalen Minderheiten nun eine stärkere Bedeutung zu. Sie machen etwa ein Siebtel (14%) der Bevölkerung aus, was im europäischen Vergleichsrahmen ein relativ hoher Anteil ist. Seitdem die Regierung aus nationalistisch orientierten Parteien eine neue Minderheitenpolitik betreibt, kam es zu einer offenen Konfrontation mit der numerisch größten ungarischen Minderheit (10,8%). Außerdem ist die Identifikation mit dem selbständigen Staat noch zu schwach,<sup>6</sup> was auf mangelnde Akzeptanz der Aufspaltung der Tschechoslowakei, die ohne Volksbefragung stattfand, sowie auf die anfänglich verschlechterte wirtschaftliche und soziale Lage in der Slowakei zurückzuführen ist.<sup>7</sup>

### **Die autoritäre Politik der Regierung Mečiar**

Seit der Machtübernahme des Wahlsiegers von 1992, Vladimír Mečiar, und seiner HZDS gerieten mehrere nach 1989 in Gang gekommenen Systemveränderungen ins Stocken. Nach der Wahl gelangten in der Slowakei überwiegend Kräfte an die Macht, die als Reformkommunisten von 1968 bekannt geworden waren, die damals im Prager Frühling einen "Sozialismus mit menschlichen Antlitz" zu installieren versuchten. Programmatisch

---

<sup>4</sup> Vgl. Vladimír Krivý, Die Gründung des slowakischen Staates und ihre Folgen, in: Südosteuropa, 3, 1996, S. 197-218, hier S. 198.

<sup>5</sup> Näheres dazu bei: Michal Wlachowský, Die doppeldeutige Außenpolitik der Regierung Mečiar (in zwei Teilen), in: Aktuelle Analysen des BIOst, 65/1996 und 66/1996.

<sup>6</sup> Den im Dezember 1994 durchgeführten Meinungsumfragen zufolge identifizierten sich nur 33% der Bürger der SR mit ihrem neuen Staat, während es in der ČR schon 50% waren. 50% der Slowaken hätten eine Konföderation, eine Union oder Föderation der ČR und SR bevorzugt (in der ČR waren es nur 28%). Dabei gibt es in der Slowakei keine einzige politische Organisation, die sich die Wiederherstellung der Tschechoslowakei zum Ziel gesetzt hätte, weil dies völlig illusorisch wäre. Vgl. Current Problems of Slovakia after Split of the ČSFR, December 1994, Bratislava, Focus 1994.

<sup>7</sup> V. Krivý, a.a.O., S. 206.

standen in der Slowakei allerdings manifeste nationale Forderungen im Mittelpunkt der Demokratisierungsanstrengungen, auch denen der einstigen Reformkommunisten.<sup>8</sup> Strenggenommen gehören aus der Sicht der Nichtkommunisten, die heute in Opposition zur HZDS stehen, diese Politiker zur "alten" Machtelite. Bereits nach 1990 hatten sie versucht, eine Mäßigung des Reformtempos und eine größere Betonung "slowakischer Spezifika" im gemeinsamen Staat durchzusetzen. In der schwierigsten Phase des Umbruchs versprachen sie der slowakischen Bevölkerung einen schmerzlosen Übergang zur Marktwirtschaft.

### *Entwicklung in der Wirtschaft*

Für die slowakische Wirtschaft bedeuteten die Veränderungen seit dem Januar 1993 das Verlangsamen des Privatisierungsprozesses, geringeren Zufluß ausländischen Kapitals, Abwertung der Währung, Schwierigkeiten mit IWF-Krediten u.a.m. Eine kurzfristige Wirtschaftsbelebung folgte nur zur Zeit der liberalen Übergangsregierung unter Jozef Moravčík (März bis September 1994). Als die HZDS in den vorgezogenen Wahlen von 1994 erneut die Macht zurückgewann, wurden mehrere Transformationsvorhaben sofort eingestellt und 54 Privatisierungsbeschlüsse der Moravčík-Regierung für ungültig erklärt. Obwohl der Präsident seine Unterschrift verweigerte und das Verfassungsgericht die Stornierungen für verfassungswidrig erklärte, machte die Regierung Mečiar diesen Schritt nicht rückgängig. Im Juli 1995 wurde die zweite Runde der Kuponprivatisierung endgültig gestoppt und durch neue Schuldscheine des Fonds für Nationalvermögen ersetzt, wodurch Bürger und Investitionsfonds benachteiligt wurden. Gleichzeitig wurde die Tätigkeit der Privatisierungsfonds und -gesellschaften per Gesetz eingeschränkt; diese stellen den Großteil der nach der ersten Privatisierungswelle entstandenen neuen ökonomischen Strukturen, welche von den neuen Machthabern bewußt zunichte gemacht werden, um sie an sich ziehen zu können.<sup>9</sup> Im Jahre 1996 wurde auch die angekündigte Privatisierung der Banken gestoppt. Die Privatisierung lief in partiell undurchsichtiger Weise ab, wenn z.B. "Filetstücke" wie "Nafta Gbely" oder "Bäder Piest'any" zu geringen Summen und ohne Kontrollverfahren an "ausgewählte" Personen veräußert wurden.

Der Grund für all diese Maßnahmen der Mečiar-Regierung ist, daß sie erstens nicht genügend politischen Willen und ökonomische Überzeugung besitzt, um radikale Reformen weiterzuführen. Zweitens geriet sie zunehmend unter den Einfluß der Management- und Industrielobby der Staatsbetriebe, die sich nun im Grunde durchgesetzt hat. Bei der gegenwärtig ohne Öffentlichkeitskontrolle praktizierten Wirtschaftstransformation wird das

---

<sup>8</sup> Ausführlich zum Reformjahr 1968 und im Vergleich zum Systemwandel von 1989: Eleonora Schneider, Prager Frühling und samtene Revolution. Soziale Bewegungen in Gesellschaften sowjetischen Typs am Beispiel der Tschechoslowakei, Internationales Zentrum für vergleichende Sozial-Ökonomische Entwicklungsforschung (Hg.), Aachen 1994.

<sup>9</sup> Vgl. Ivan Mikloš, Privatizácia, in: Slovensko v šestom roku transformácie. Súhrnná správa o stave spoločnosti v 1. polroku 1995, Nadácia Sandora Maraiho (Hg.), Bratislava 1995, S. 46-50; Silvia Miháliková, Die Slowakei fünf Jahre danach: Die Spaltung von Gesellschaft, Kultur und Politik, in: Tschechische Republik zwischen Traditionsbruch und Kontinuität, Forschungsstelle Osteuropa (Hg.), Bremen 1995, S. 122-140, S. 128-129.

Management der Staatsbetriebe begünstigt. Es ist eng mit der HZDS und den ökonomischen und politischen Strukturen des alten Regimes verbunden.<sup>10</sup> Dies führte zu einer Verflechtung von Partei- und Wirtschaftsinteressen in einem eigenen Klientelregime.

Dennoch bildet die wirtschaftliche Entwicklung den relativ besten Teil der slowakischen Systemtransformation, insbesondere mit Blick auf einige makroökonomische Daten.<sup>11</sup> Die politische Entwicklung wird hingegen von internationalen Beobachtern und Organisationen immer häufiger beanstandet. Die slowakische Soziologin Szomolányi charakterisierte diese Entwicklung als "doppeldeutigen Reformweg" der selbständigen Slowakei.<sup>12</sup> Gemeint ist damit das unterschiedliche Tempo und der differierende Charakter des politischen Übergangs auf der einen und der wirtschaftlichen Transformation auf der anderen Seite.

### *Entwicklung in der Politik*

Politische Krise ist in der Slowakei mittlerweile Dauerzustand, obwohl das Parlament – demokratisch fragwürdig – gefestigt ist. Aufgrund der Ergebnisse der letzten, vorgezogenen Wahlen vom 30. September bis 1. Oktober 1994 entstand eine überraschend beständige Koalitionsregierung aus drei Parteien, die von Mečiar's HZDS mit gegenwärtig 60<sup>13</sup> von 150 Mandaten (1994 erreichte sie 34,96%) dominiert wird:

Die politische Entwicklung nach der Machtübernahme der Regierung Mečiar ist durch eine scharfe Auseinandersetzung zweier politischer Richtungen gekennzeichnet, die zu einem unerbittlichen Kampf um die weitere Entwicklungsrichtung der Slowakei angewachsen ist.

Die erste und derzeit vorherrschende Richtung wird vom Premier Mečiar und seiner Bewegung HZDS repräsentiert. Er selbst hat einmal seine Beziehung zu ihr treffend formuliert: "Die stärkste Strömung in der HZDS bin ich".<sup>14</sup> Die populistische HZDS hatte sich selbst zuerst als "Bewegung der pragmatischen Mitte" bezeichnet und trat im Europarat der Fraktion der Liberalen bei. Nachdem ihre Programmatik dort von europäischen Kollegen scharf angegriffen wurde, scheute sie 1996 den opportunistischen Schritt nicht, zu den Sozialdemokraten wechseln zu wollen. Ihrer Natur nach ist die HZDS eine "Führer"-Partei (oder -bewegung), und deshalb bestimmen Mečiar's konfrontativer politischer Stil, seine mangelnde Bereitschaft zur Kooperation und seine Rachsucht gegen jene, die sich gegen ihn auflehnen, weithin die gesamte Politik.

---

<sup>10</sup> Vgl. I. Mikloš, a.a.O., S. 49.

<sup>11</sup> Für Ende 1996 wird ein realer Anstieg des BIP von 6,9%, der Industrieproduktion von 4,5% gegenüber dem Vorjahr, eine Inflationsrate von 5,6% und Arbeitslosenquote von 12,5% angeführt. Die Auslandsverschuldung betrug 6,5 Mrd. USD. Vgl. Deutsche Bank Research (Hg.), Fokus Osteuropa, Wirtschafts- und Finanzindikatoren, 5.5.1997, S. 9.

<sup>12</sup> Soňa Szomolányi, Zostáva Slovensko v rámci stredoeurópskeho variantu tranzície?, in: Slovensko: Volby 1994, Bratislava 1994, S. 11-38, hier S. 13.

<sup>13</sup> Seit dem 5.11.1996 hat die Regierungskoalition eine Stimme weniger, nachdem die HZDS ihrem Abgeordneten, F. Gaulieder, gesetzwidrig das Mandat entzogen hat. Vgl. Budování států, Přehledy české a slovenské politiky od 1. do 30. listopadu 1996, Jg. VII, Nr. 11, S. 12.

<sup>14</sup> Zitiert nach V. Krivý, a.a.O., S. 207-208.

Die slowakische Politik wird außerdem von den extremistischen Positionen der radikal-nationalistischen "Slowakischen Nationalpartei" (SNS) unter Ján Slota und der extrem reformfeindlichen, linksgerichteten "Vereinigung der Arbeiter der Slowakei" (ZRS) von Ján Lupták geprägt, die ebenfalls seit Dezember 1994 in der Regierung sind. Durch die absolute Mehrheit von gegenwärtig 81 der 150 Parlamentssitze (zusammen erreichten sie 1994 47,7% der Stimmen) herrschen diese drei Parteien unumschränkt im Slowakischen Nationalrat (Parlament). Ihre Machtausübung wird als "Tyrannei der Mehrheit" bezeichnet, weil die parlamentarische Mehrheit versucht, die Opposition zu behindern und zu unterdrücken. Um grundlegende Veränderungen, wie Verfassungsänderungen, vornehmen zu können, fehlen der Regierungskoalition allerdings neun Stimmen zur qualifizierten Mehrheit von 90 Stimmen.

Alle drei Regierungsparteien sind stark national und sozial egalitär sowie den Grundsätzen einer pluralistischen Ordnung nicht sonderlich verpflichtet. Deshalb werden sie von slowakischen Wissenschaftlern als "Nichtstandard-Parteien"<sup>15</sup> bezeichnet. Diese dominierende politische Richtung kann sich auf einen unübersehbaren Teil der Öffentlichkeit stützen, der in markanter Weise staatspaternalistisch, autoritär und nationalistisch denkt.<sup>16</sup>

Die zweite, politisch sehr heterogene Richtung repräsentieren die in der Slowakei bislang schwächer vertretenen Parteien der Opposition. Sie sind vorwiegend demokratisch ausgerichtet und versuchen, die Regierung ohne autoritäre Methoden von undemokratischen Schritten abzuhalten. Die vier bedeutendsten oppositionellen Kräfte verfügen derzeit über nur 39% der Wählerstimmen. Auf slowakischer Seite sind es die "Christlich-Demokratische Bewegung" (KDH) des ehemaligen Premierministers Ján Čarnogurský; die Partei der "Demokratischen Linken" (SDL') unter ihrem neuen Vorsitzenden Jozef Migas und die "Demokratische Union" (DU) des ehemaligen Premierministers Jozef Moravčík. Sie konnten 1994 als breite Rechts-Mitte-Links-Regierungskoalition ein halbes Jahr ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen, bevor sie im Herbst 1994 von Mečiar abgelöst wurden. Sie hatten sowohl einen stärkeren Willen zur Transformation als auch einen kooperativeren und viel ausgeglicheneren politischen Stil an den Tag gelegt.<sup>17</sup> Die Niederlage der Moravčík-Koalition war bereits die zweite Niederlage der Transformationskräfte in der Slowakei seit dem Systemwechsel 1989.

Zur Opposition gehört weiterhin die aus drei ziemlich unterschiedlichen Parteien der magyarischen Minderheit bestehende "Ungarische Koalition" (MK).<sup>18</sup> Die ansteigende

---

<sup>15</sup> Als erster benutzte Grigorij Mesežnikov diesen Terminus in seinem Beitrag: *Parlamentné vol'by 1994: Potvrdenie "roz dvojenosti" politickej scény na Slovensku*, in: *Slovensko. Vol'by 1994. Príčiny – dôsledky – perspektívy*, Bratislava 1994, S. 103.

<sup>16</sup> Vgl. Dieter W. Bricke/Zdeněk Lukas/Soňa Szomolányi, *Slowakische Republik*, S. 167-194, in: Werner Weidenfeld (Hg.), *Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union. Bericht zum Stand der Integrationsfähigkeit*, Gütersloh 1995, hier S. 168.

<sup>17</sup> Eleonora Schneider, *Die Slowakische Republik im Jahre drei*, in: BIOst (Hg.), *Zwischen Krise und Konsolidierung. Gefährdeter Systemwechsel im Osten Europas*, München/Wien 1995, S. 145-155, hier S. 150-151.

<sup>18</sup> Die "Ungarische Koalition" besteht aus: "Mad'arské kresťanskodemokratické hnutí", (MKDH – Ungarische Christlich-Demokratische Bewegung), "Mad'arská občanská strana", (MOS -Ungarische Bürgerpartei) und der radikaleren Bewegung "Spolužitie" (Zusammenleben).

antiungarische Atmosphäre in den nationalistischen Kreisen trug zu ihrer Integration bei. Seit dem Bestehen der selbständigen Slowakei hatte keine der ungarischen Parteien jedoch Gelegenheit mitzuregieren. Ihre Beziehung zu den Parteien der Regierungskoalition ist durch offene Konfrontation gekennzeichnet.<sup>19</sup> Die ungarischen Parteien bemühen sich seit 1994 um Kooperation mit den Parteien aus dem oppositionellen Lager, diese lehnen jedoch eine engere Zusammenarbeit ab. Dadurch entstand zwischen der slowakischen und ungarischen Opposition eine Kluft, die sich auch in der Bevölkerung abzuzeichnen begann.

Da die slowakischen Oppositionsparteien getrennt um die Wählerschaft ringen, haben sie lange keine gemeinsame Front bilden können. Ihre Unentschlossenheit und Uneinigkeit sollen laut Kommentaren ein Trumpf in Mečiar's Hand sein. Im Hinblick auf die kommenden Parlamentswahlen im Jahre 1998 ist es schließlich Ende Oktober 1996 zu einer ersten bedeutenden Annäherung von drei eher kleinen Parteien gekommen, die sich unter der Bezeichnung "Blaue Koalition"<sup>20</sup> zusammenschlossen und eine Alternative zur Regierungspolitik verkörpern wollen. Das erklärte Ziel lautet: Die Slowakei vom gegenwärtigen autoritären Regime auf den Weg der Demokratie und Prosperität zurückzubringen. Die "Blaue Koalition" besteht aus der KDĽ, der DU und der "Demokratischen Partei" (DS) unter Ján Langos, die den Einzug ins Parlament stets knapp verfehlte. Diverse Meinungsbildungsumfragen zeigen, daß ihr Rückhalt seit 1997 bei etwa 29% liegt, was deutlich mehr als der Sympathisantenanteil der HZDS wäre (rund ca. 24%).<sup>21</sup> Als Block ginge von den drei Parteien möglicherweise eine größere Anziehungskraft aus, allerdings ist hier keine Persönlichkeit vom Schlage Mečiar's, von der eine starke Ausstrahlung auf die Massen ausginge, vorhanden. Der betont sachliche Stil des Christdemokraten J. Čarnogurský ist gegenwärtig für die Bevölkerungsmehrheit zu intellektuell.

Ohne Schulterschuß mit den ungarischen Parteien oder der linken SDL' wird es rechnerisch jedoch zu keinem Machtwechsel kommen können. Die Demoskopen sehen zu geringe Verschiebungen im Parteienspektrum. Die SDL' betreibt aber eine Doppelstrategie in ihrem Part als Oppositionspartei. Bei jedem Zerwürfnis der Regierungsparteien untereinander war sie bereit, sich als Partner für eine neue Regierungsbildung anzubieten, und distanzierte sich bewußt von der Politik der KDĽ und DU. Diese Strategie verfolgt sie seit der Wahlniederlage von 1994, als sie schlußfolgerte, die Wähler hätten ihr die Beteiligung an der früheren Regierungskoalition mit KĽD und DU unter J. Moravčík übelgenommen. Die drei Parteien

---

<sup>19</sup> Näheres zur Entstehungsgeschichte der ungarischen Parteien nach 1989 und zum Thema der Minderheiten in der Slowakei allgemein bei: Ondrej Dostál, Die Stellung der nationalen Minderheiten in der Slowakei, in: Südosteuropa, 3, 1996, S. 256-266, vgl. S. 258.

<sup>20</sup> Zur Zeit keine Wahlkoalition.

<sup>21</sup> FOKUS, Meinungsumfragen von November 1996 bis März 1997, in: Národná obroda, 9.4.1997, S. 2.

der "Blauen Koalition" treten zwar gemeinsam mit den Magyaren auf öffentlichen Kundgebungen auf, programmatisch aber kommen sie sich nicht näher.<sup>22</sup>

Ein bedeutender Begleitfaktor des Ringens um mehr politische und wirtschaftliche Macht ist die tiefgehende Polarisierung der slowakischen Gesellschaft, auf die slowakische Sozialwissenschaftler mehrfach in ihren Analysen hingewiesen haben.<sup>23</sup> Entsprechend der oben beschriebenen Spaltung der politischen Szene ist auch die Bevölkerung in zwei unversöhnliche Lager geteilt. Das erste Anzeichen dafür war die Spaltung in Anhänger und Gegner der Selbständigkeit bzw. der Ausformung der Slowakei als Nationalstaat, die Hand in Hand mit Unterstützung bzw. Ablehnung der Wirtschaftsreform ging. Die später erfolgten politischen Schritte und Wirtschaftsmaßnahmen unter den beiden Regierungen Mečiar verschärften die Spaltung zwischen Anhängern und Gegnern der Regierungsparteien. Diese Entwicklung übertrug sich aus der Politik in die Bereiche Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur. So stehen heute auf der einen Seite jene politischen und wirtschaftlichen Eliten sowie große Teile der Bevölkerung, die der starken Autorität Mečiar nachlaufen, nach der Regierung einer festen Hand rufen und die in verschiedenen Staatsbereichen zu beobachtenden antidemokratischen Tendenzen billigen. Dort stehen ebenfalls nationalistische Kultur- und Wissenschaftszentren, die von der Regierung politisch und wirtschaftlich unterstützt werden.

Im Gegenlager agieren die oppositionellen Parteien, unterstützt von regierungskritischen Bürgern vor allem aus der Wissenschaft, Kultur und unabhängigen Organisationen, denen wegen ihrer Äußerungen bzw. Handlungen ständig die Entlassung oder sonstige Repression droht. Nationale Demagogie, verschärfte Minderheitenpolitik und Radikalisierung des ungarischen Programms führen gegenwärtig dazu, daß sich die Trennungslinie entlang ethnischer Zugehörigkeiten zu vertiefen beginnt.

### ***Besetzung entscheidender staatlicher Machtbereiche durch die Regierungskoalition***

Die zweimalige Abberufung aus dem Amt des Premierministers veranlaßte V. Mečiar, nachdem er 1994 zum dritten Mal Wahlsieger geworden war, zu entschlossenem Handeln. Es ging ihm darum, möglichst alle an einer eventuellen Abberufung interessierten Kräfte von vornherein auszuschalten und sich in kürzester Zeit so viele Machtpositionen wie nur möglich zu sichern.

Im Verlauf des Jahres 1995 gelang es der Regierungskoalition, alle parlamentarischen Kompetenzen in ihrer Hand zu konzentrieren, die Positionen in den Kontrollorganen (etwa in den Parlamentsausschüssen oder Aufsichtsgremien von Radio und Fernsehen) mit eigenen

---

<sup>22</sup> Die bislang größte Kundgebung 1996 war die am Jahrestag der "samtenen Revolution", wo der führende Oppositionspolitiker J. Čarnogurský zur "neuen antikommunistischen Revolution" gegen die Regierung Mečiar aufrief. Manche füllten sich an den Bürgerwidstand gegen die tschechoslowakischen Kommunisten Ende der 80er Jahre erinnert, mit dem Unterschied allerdings, daß die Wahlen 1990 bestätigt hatten, daß keiner eine alleinherrschende KPC will. Würde es morgen Wahlen geben, würde Mečiar wahrscheinlich genauso souverän gewinnen wie im Herbst 1994.

<sup>23</sup> Vgl. G. Mesežnikov, a.a.O, S. 101-111; S. Miháliková, a.a.O.; V. Krivý, a.a.O.

Leuten zu besetzen, womit sie die Mitwirkung der Opposition stark einschränkte. Mit einfacher Mehrheit (82 von 150 Stimmen) begann die Regierung Gesetze zu erlassen, durch die die Rechte der Exekutive in allen gesellschaftlichen Bereichen bedeutend ausgeweitet wurden. Durch die eingeschränkte parlamentarische Kontrolle, den politischen Einfluß und die Klientelbildung konnten die drei Regierungsparteien nach und nach alle für Staatslenkung und Meinungsbildung entscheidenden Positionen in Staat und Wirtschaft in ihre Hand bekommen.<sup>24</sup>

Nachdem die Regierungskoalition ihre Macht in der staatlichen Sphäre sichergestellt hatte, begann sie auch auf Bezirksebene, die Schlüsselpositionen in der Staatsverwaltung mit ihren Anhängern zu besetzen. Zu diesem Zweck bildete die Regierungskoalition 1995 Kommissionen, sogenannte "Fünf-Mann-Teams", die nach parteilicher Loyalität Kandidaten auszusuchen und einzusetzen hatten. Ergebnis dieser Maßnahme ist eine weitere Ausfächerung des Klientelregimes. Die Zentralisierung der Macht führte außerdem dazu, daß die sich schrittweise herausbildenden demokratischen Selbstverwaltungsorgane entmachtet wurden. Diese Politik der Machtsicherung ließ Konfrontationen mit der Opposition eskalieren und in beiden Lagern die Unversöhnlichkeit anwachsen.<sup>25</sup>

Seit einem Jahr hat die Regierungskoalition ein Machtmonopol über das staatliche Fernsehen und den staatlichen Rundfunk. Deren Sendungen erinnern laut Kommentatoren mittlerweile an den propagandistischen Stil der vorangegangenen Ära. Die Regierung weiß auch warum: Etwa zwei Drittel der Bevölkerung beziehen ihre Informationen ausschließlich über das Fernsehen. Nur die kritischen Zuschauer nutzen den Ausweg, auf tschechische Sender umzuschalten. Darüber hinaus wird versucht, die privaten Sender zu kontrollieren auszuüben oder sie zu diskreditieren. So wurde zum Beispiel der private Rundfunksender "Rádio Twist" vom Kultusminister I. Hudec (HZDS) einer gegen die Regierung gerichteten, antislowakischen Hetze beschuldigt. Das Kultusministerium hat sich inzwischen in der Öffentlichkeit den Beinamen "Ministerium für Ideologie und Propaganda" erworben.<sup>26</sup>

Daß der Geheimdienst SIS (Slowakischer Informationsdienst) immer mehr zu einem Machtinstrument der Regierung ausgebaut wurde, wurde nicht allein an seiner Verstrickung in die Entführung des Präsidentensohnes augenfällig, durch die er sich völlig diskreditierte. Zwei frühere Innenminister, Ladislav Pittner und Ján Langoš, sagten öffentlich aus, daß der SIS nach der Konstituierung der Slowakei von allen westlich orientierten Mitarbeitern gesäubert wurde, die nach der Wende als neue, nicht kompromittierte Kräfte im damals föderalen Amt der Tschechoslowakei eingestellt worden waren. Seit Mečiar Ministerpräsident ist, sind zwei Drittel der SIS-Angehörigen ausgetauscht worden. Ihre Stellen übernahmen frühere Agenten des kommunistischen Staatssicherheitsdienstes (StB). Dies und die letzten Skandale um den SIS und seinen Chef, Ivan Lexa, führen dazu, daß der slowakische

---

<sup>24</sup> Näheres dazu bei: E. Schneider, Slowakei nach den Parlamentswahlen, Die Ära Mečiar (Teil II), in: Aktuelle Analysen des BIOst, 27/1995, S. 3-4.

<sup>25</sup> Vgl. V. Krivý, a.a.O., S. 209.

<sup>26</sup> Vgl. Ján Štrasser, Dialog versus cenzura, in: Lidové noviny, 27.4.1996, S. 7.

Geheimdienst bei den westlichen und ostmitteleuropäischen Partnern kein Vertrauen genießt. In seiner Amtszeit wurde Lexa auch nirgendwohin eingeladen, und der SIS gerät in Isolation. Daß statt dessen inzwischen mehrere Treffen mit dem russischen Geheimdienst stattfanden, macht den Geheimdienst noch weniger vertrauenswürdig.<sup>27</sup>

Auch bekam der SIS das Doppelte an Geld aus dem ansonsten restriktiven Haushalt, 759 Mio. Sk. Im April 1995 brachte Mečiar das Parlament dazu, ihm allein die Kontrolle über den Geheimdienst zu überlassen, vorher war dieser dem Premier und Präsidenten gemeinsam unterstellt. Seither häufen sich die Klagen, der SIS beschatte die Opposition, schüchtere kritische Journalisten und Intellektuelle ein, von denen eine lange Liste angelegt worden sein soll, und wachse immer mehr in die Aufgabenstellung der früheren kommunistischen Staatssicherheit hinein. Pittner (heute KDH) sagte sogar, es gäbe im Innenministerium Pläne, die alte "Abteilung zur Bekämpfung der inneren Feinde" wiederzubeleben. Auch soll das Ministerium eine Sonderabteilung zur Erledigung "schmutziger Arbeit" für die Regierung vorbereiten.<sup>28</sup>

### ***Das verschärfte Pressegesetz***

Die slowakische Presse nimmt überwiegend eine kritische bis scharf oppositionelle Haltung gegenüber der Regierung ein. Im Frühjahr 1995 begann die Regierung damit, verschiedene Maßnahmen zur besseren Kontrolle des Pressesystems einzuleiten. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer sollte auf die führenden regierungskritischen Tageszeitungen ("Sme", "Národná obroda", "Pravda") finanziellen Druck ausüben, um ihnen "das Wasser abzugraben". Scharfe Kritik aus dem Westen hat dieses Vorhaben zwar blockiert, indirekt gehen die Pressionen jedoch weiter (z.B. über Entziehung von Drucklizenzen für eine Druckerei, die die Oppositionszeitung "Sme" druckte). Das Ziel ist, der Presse die Unabhängigkeit zu nehmen.<sup>29</sup>

Da diese Schritte jedoch nicht richtig griffen, erarbeitete die Regierung im Frühjahr 1996 ein neues, verschärftes Pressegesetz. Bislang existiert eine vorläufige Version des Pressegesetzes, das die Veröffentlichung von Informationen, die "in einer versteckten bzw. offenen Form den slowakischen Staat beleidigen", verbietet. Das Kultusministerium soll die Einhaltung überwachen.<sup>30</sup>

Der Vorsitzende des Ausschusses für den Schutz von Journalisten in New York, W. Orne, der in Mai 1996 nach Bratislava reiste, sprach im diesem Zusammenhang von einer geplanten Zensureinführung.<sup>31</sup> Das wäre eine Maßnahme, mit der gegen einige bislang als besonders kritisch auftretende Journalisten, Wissenschaftler und andere Intellektuelle vorgegangen

---

<sup>27</sup> Vgl. Boris Kalnoký, Mečiar's makabre Machtspiele, in: Die Welt, 13.2.1996, S. 9.

<sup>28</sup> Ebenda.

<sup>29</sup> Vgl. D.W. Bricke/Z. Lukas/S. Szomolányi, a.a.O., S. 168-169.

<sup>30</sup> Respekt, 14, 1.-8.4.1996, S. 2-3.

<sup>31</sup> Na Slovensku je cenzúra a stát ovláda média, píše W. Orne M. Kováčovi a V. Mečiarovi, in: Národná obroda, 11.5.1996, S. 2.



werden kann. Man schreckte auch nicht mehr davor zurück, bei einigen besonders unbequemen Journalisten polizeiliche Einschüchterungsmethoden einzusetzen. Es scheint, daß die Atmosphäre von Angst und Selbstzensur wieder reaktiviert werden soll. Die Verabschiedung des Pressegesetzes würde einen weiteren Schritt der Slowakei auf dem Weg zum Autoritarismus bedeuten.

### **Diffamierungskampagne gegen den Staatspräsidenten**

Bereits seit über zwei Jahren führt der slowakische Premier einen verbissenen Kampf gegen das Staatsoberhaupt Michal Kováč. Die Gründe sind bekannt: Aus dem unterschiedlichen politischen Stil, mit dem die beiden ihr Amt ausüben, und der Tatsache, daß Kováč sich Mečiar mehrmals entgegenstellte, entstand eine starke persönliche Abneigung. Als der Präsident es ablehnte, Mečiar's treuen Gefolgsmann Lexa zum Privatisierungsminister zu ernennen, um die Lenkung des Privatisierungsprozesses zum Nutzen der HZDS zu verhindern, eskalierten die Spannungen zwischen den beiden zum ersten Mal. Als dann der Präsident im März 1994 in seinem Bericht über die Lage der Slowakei Mečiar vor dem Parlament einer autokratischen Regierungsweise beschuldigte und ihn als den Hauptverantwortlichen für die politische und wirtschaftliche Krise der Slowakei darstellte, kam es zum endgültigen Bruch. Seitdem wirft ihm Mečiar vor, sich an seinem "Sturz" im März 1994 beteiligt zu haben und spricht von einer sog. "Verfassungskrise".<sup>32</sup>

Die HZDS hatte direkt bei der konstituierenden Sitzung des neugewählten Parlaments im November 1994 eine Kommission eingesetzt, um die Ursachen dieser "Verfassungskrise" zu untersuchen. Nach einjähriger Arbeit verkündete diese in einem ausführlichen Bericht, daß Mečiar's Sturz inszeniert und der Präsident daran beteiligt war, daß er Bestechungsgelder nahm u.ä. Diese Aufstellung erweckt zu Recht den Eindruck, daß es sich um eine vorprogrammierte Revanche und Kompromittierung von M. Kováč handelt. Zudem ist in der Kommission kein Parlamentarier der Opposition vertreten. Seit der Machtübernahme greift die Regierungskoalition das Staatsoberhaupt unter jedem Vorwand an und verleumdet Kováč, um ihn als für den Staat untragbar hinzustellen. Anfang 1995 wurden ihm sowohl der Etat als auch die Kompetenzen beschnitten, um ihn zum freiwilligen Abschied zu zwingen.

M. Kováč ist (ebenso wie Mečiar) ein Reformkommunist von 1968, war früher Mitglied der HZDS und ihr Kandidat für den Präsidentenposten. Im Laufe seiner Amtstätigkeit ist er zum Verteidiger der demokratischen Institutionen in der Slowakei geworden und versucht zu verhindern, daß Mečiar alle Macht in seinen Händen konzentriert. Daß westliche Stimmen,

---

<sup>32</sup> Es handelte sich hierbei lediglich um eine innerparteiliche Krise der HZDS, nachdem einen Monat zuvor zwölf Abgeordnete wegen Mečiar's unkooperativem, undemokratischen politischen Stil gegangen sind. Mit früheren Abspaltungen der HZDS und SNS gründeten sie die DU, die seitdem J. Moravčík, ehemaliger Außenminister und früheres HZDS-Mitglied, leitet. Dieser Polarisierungsprozeß innerhalb der HZDS und der Verlust der Regierungsmehrheit, als auch noch sieben Abgeordnete des Koalitionspartners SNS austraten, führte zur Destabilisierung der politischen Kräfte im Nationalrat. Kováč's Rede vor dem Parlament diente dann nur als Signal für die Opposition, Mečiar ein Mißtrauensvotum auszusprechen. Vgl. E. Schneider, Die Slowakei im Jahre zwei. Die Ära Mečiar (Teil I), in: Aktuelle Analysen des BIOst, 25/1995, S. 5.

soweit vernehmbar, den Präsidenten unterstützen, löst im Regierungslager Erbitterung aus und steigert die Unversöhnlichkeit Mečiar.

Als die Diffamierungskampagne gegen Kováč wenig half, versuchte Mečiar am 19. September 1995, den Präsidenten mit einem offiziellen Mißtrauensantrag abzusetzen, den die Regierungsparteien mit ihrer Stimmenmehrheit durchbrachten. Das steht jedoch im Widerspruch zur geltenden Verfassung. Um dem Mißtrauensantrag eine breitere Basis zu verschaffen, ist für eine "spontane" Manifestation gesorgt worden, nach der bewährten Methode des kommunistischen Einparteienstaats. Das Kultusministerium wies die ihm unterstellten Staatsangestellten an, mit ihrer Unterschrift den Rücktritt des Präsidenten zu fordern.

Neben der Kampagne wird versucht, den Präsidenten zu einer "Unperson" zu machen, ihm den Einfluß auf die Öffentlichkeit zu nehmen, indem man ihn kaum im Fernsehen zeigt. Entweder bekommt er keine Sendezeit, wie z.B. für eine Ansprache zum 50. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs, was als "unzulässiger politischer Druck" bezeichnet wurde, oder vor seiner Rede wird ein politischer Kommentar abgegeben. Die Fernsehkommentatorin, die sich geweigert hatte, diesen zu lesen, wurde prompt entlassen. Auch wird der Präsident zu bedeutenden Staatsfeierlichkeiten nicht eingeladen.

Welche Formen die Feindschaft zwischen den beiden angenommen hat, zeigt der Fall des in Ungnade gefallenen ehemaligen Bezirksgouverneurs und HZDS-Chefs der westslowakischen Region Nitra, M. Rajčan. Er verlor alle Ämter, wurde vom Staatssekretär im Innenministerium entlassen und aus der HZDS als "Verräter" ausgeschlossen, weil er es gewagt hatte, dem Präsidenten bei dessen Besuch in der Stadt die Hand zu geben. Die HZDS hatte ihren Leuten befohlen, dem Präsidenten aus dem Wege zu gehen und offizielle Begegnungen unter dem Vorwand einer "Krankheit" u.ä. abzusagen. Rajčan erklärte, daß er dies würdelos fand, und sprach einige Minuten lang mit Kováč bei dessen offizieller Visite im Bezirk. "Mečiar selbst mußte sich offensichtlich tief beleidigt gefühlt haben", erzählte Rajčan. "Während eines Gespräches mit mir, wenige Tage danach, verlor Mečiar vollkommen die Fassung und warf mich raus". Seit dieser Episode lehnen auch andere Staatsbeamte aus Angst ab, Kováč offiziell zu treffen, um ihre Stellen nicht zu verlieren.<sup>33</sup>

Neben persönlichem Haß, den Mečiar gegenüber Kováč hegt, stehen grundsätzliche Konflikte zwischen dem amtierenden Staatspräsidenten und dem Premier. Kováč hat bereits mehrmals vom Parlament verabschiedete Gesetzesvorhaben vereitelt, indem er sie nicht unterschrieb. Auch deshalb plant Mečiar seit längerem, den verfassungsmäßig verankerten Status des Präsidenten zu verändern. Danach soll die Funktion des Präsidenten mit der des Ministerpräsidenten verbunden werden. Wenn Kováč den Kampf verliert, dürfte für einen langen Zeitraum der künftige slowakische Präsident und Regierungschef V. Mečiar heißen.

Im Dezember 1996 haben die Oppositionsparteien (mit Ausnahme der SDL') eine Verfassungsänderung beantragt, damit der Präsident künftig durch Volkswahl bestimmt

---

<sup>33</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung, 17.2.1996, S. 6.

werden kann. Die Wahl sollte gleichzeitig mit dem Referendum über den NATO-Beitritt im Mai 1997 stattfinden. Damit erhofften sich die Oppositionsparteien gleichzeitig eine Volksabstimmung über das gegenwärtige Regime. Begründet wurde dieser Schritt unter anderem damit, daß nach Beendigung des Mandats des heutigen Staatsoberhauptes (Anfang 1998) sich die Parteien im Parlament wahrscheinlich nicht auf die Wahl eines Nachfolgers mit der erforderlichen Dreifünftelmehrheit werden einigen können. Da im selben Jahr auch Parlamentswahlen stattfinden, sei in dieser Lage eine Verfassungskrise zu befürchten.<sup>34</sup>

### *Die Entführungsaffäre*

Diese unerträgliche Situation gipfelte im Sommer 1995 in der mysteriösen Entführung des Präsidentensohnes, offiziell von "unbekannten Kidnappern", nach Österreich, wo gegen ihn ein internationaler Haftbefehl vorlag. Er sollte wegen des Verdachts auf Verwicklung in einen Kreditbetrug in Deutschland vernommen werden. Da eine Auslieferung ins Ausland nach nationalem Recht jedoch verboten ist, wurde Michal Kováč jr. außerhalb des Landes verschleppt. Wie bereits bekannt, war die Entführung vom Geheimdienst des Landes durchgeführt und vom Chef des Geheimdienstes, I. Lexa – dem engsten Vertrauten Mečiar –, geplant worden. Die Ermittlungen wurden sowohl von der Polizei als auch von der Staatsanwaltschaft aufs schwerste behindert. Darüber hinaus wurde versucht, die Öffentlichkeit durch Desinformation und glatte Lügen in den kontrollierten Medien zu manipulieren. Dagegen setzten sich vehement oppositionelle und kritische Zeitungen ein, die keinen Tag vergehen ließen, um die Affäre ins rechte Licht zu rücken und gegen Mečiar's Regime zu polemisieren.

Der Fall, kurz geschildert, legt am besten Zeugnis darüber ab, in welchem Zustand sich die unabhängigen Institutionen seit längerem befinden. Was dem Leser wie einem Drehbuch für einen Krimi entnommen erscheint, erinnert den Zeitgenossen eher an geläufige Methoden aus nicht so weit zurückliegenden kommunistischen Zeiten:

Drei frühere Geheimdienstleute, die in Zeitungsinterviews ihre Beteiligung an dem Entführungsfall gestehen und behaupten, daß Lexa die Aktion telephonisch geleitet habe, werden nicht vernommen. Zwei nacheinander eingesetzte Chefermittler bei der Polizei, J. Šimunič und P. Vacok, die den Verdacht bestätigten, daß der SIS die Entführung durchführte, werden abgelöst. Später wird gegen sie sogar wegen Verunglimpfung von Staatsinstitutionen ermittelt. Ihnen soll offenbar exemplarisch der Prozeß gemacht werden. Der dritte, sorgsamer ausgesuchte Ermittler bringt als erstes die vorher von Mečiar im Fernsehen geäußerte neue Version in Umlauf, Kováč jr. habe sich selbst entführt, um der Vernehmung zu entgehen. Über das staatlich kontrollierte Fernsehen wird versucht, die Affäre weiter umzuschreiben, um sie glaubwürdiger erscheinen zu lassen: Die Selbstentführung sei bereits 1994 vorbereitet worden und der Vorsitzende der oppositionellen KDH, J. Čarnogurský, soll darin verwickelt sein. Im Slowakischen Fernsehen (STV) treten unkenntlich gemachte Zeugen der Entführung auf, die diese als "Fälschung" darstellen. Kováč's Anwalt stellt danach Strafanzeige wegen

---

<sup>34</sup> Neue Zürcher Zeitung, 19.12.1996; Národná obroda, 25.3.1997, S. 2.

falschen Zeugenaussagen und kritisiert die Desinformationskampagne des STV.<sup>35</sup> Im weiteren Verlauf der Ermittlungen verfolgt die Regierung offenkundig die Absicht, den Fall "ungeklärt" langsam in Vergessenheit geraten zu lassen.

Der Entführungsfall von Kováč jr. entwickelt sich schon Anfang 1996 zu einer handfesten Staatsaffäre. Das Wiener Oberlandesgericht, das den Fall Kováč untersucht, kommt zu der Ansicht, daß bei der Entführungsaffäre der slowakische Geheimdienst am Werke war, und verdächtigt die Regierung bzw. Mečiar, in den Entführungsfall verwickelt zu sein. Danach verweigert das österreichische Gericht die Auslieferung von Kováč jr. nach Deutschland und läßt ihn in die Heimat zurückkehren. Nach dieser aktenkundigen Anschuldigung reagiert das Bratislavaer Außenministerium mit scharfem Protest, spricht von "groben Verleumdungen eines souveränen Staates" und fordert entsprechende Gegenmaßnahmen.<sup>36</sup> Auch in diesem Falle hatte sich die slowakische Diplomatie neben einer Rüge nur internationale Schande eingehandelt.

Der machtpolitische Kampf zwischen Opposition und Regierung, der die Fronten ständig verhärtet, kommt aufgrund dieser Affäre in eine entscheidende Phase. Im Mai 1996 kommt eine der Schlüsselfiguren der Untersuchung, der frühere Polizist Robert Remiáš, bei einer Autoexplosion ums Leben. In seinem Leichnam werden jedoch Kugeln gefunden, was die Behörden eine Woche lang verheimlichen und den Vorfall zuerst als eine Gasexplosion und später als Selbstmord darstellen. Das Opfer kannte das Versteck seines Kollegen, des früheren SIS-Agenten und Kronzeugen beim Entführungsfall, O. Fegyveres, der aus Angst um sein Leben vorher untergetaucht war. Zuvor hatte er ausgesagt, daß er an der Entführung beteiligt gewesen sei und Lexa persönlich per Funk die Aktion geleitet habe. Für seine Antwort auf die Frage der Opposition, ob der Tod des Polizisten Unfall oder politischer Mord gewesen sei, wurde Peter Toth, Journalist der oppositionellen Zeitung "Sme", der die Vermutung geäußert hatte, daß der SIS den Tod von Remiáš zu verantworten habe, wegen Verleumdung angezeigt. Premier Mečiar hingegen beschuldigte die Opposition, jedes negative Ereignis in der Slowakei zu einem politischen Verbrechen zu stilisieren.<sup>37</sup> War anfänglich amtlicherseits hartnäckig von einem Unfall die Rede, so steht heute aufgrund von Expertisen fest, daß es sich um ein Attentat gehandelt hatte.

Die Affäre um den Entführungsfall scheint kein Ende nehmen zu wollen. Der HZDS-Abgeordnete František Gaulieder, der im Parlamentsausschuß für die Kontrolle des SIS zuständig war und sich kritisch über die Vertuschungsversuche geäußert hatte, hatte eine Überprüfung des SIS-Chefs Lexa gefordert. Mit der Begründung, "die Regierungspolitik hat nichts mit dem Aufbau einer demokratischen Gesellschaft gemeinsam", trat er aus der Fraktion HZDS/RSS aus. Wenige Tage später wurde er von seinen Parteigenossen als

---

<sup>35</sup> Vgl. Der Geheimdienst war beteiligt, in: Süddeutsche Zeitung, 17./18.2.1996, S. 6; Tobias von Heymann, Neue Verdachtsmomente im Entführungsfall des Präsidentensohnes Kováč, in: TAZ, 3.5.1996, S. 9; Peter Schutz, Slovensko: Spirála msty a nenávisti, in: Lidové noviny, 17.5.1996, S. 8.

<sup>36</sup> Peter Brod, Preßburg und Wien lehren einander Mores, in: Süddeutsche Zeitung, 24./25.2.1996, S. 7.

<sup>37</sup> Berthold Kohler, Neue Beschuldigungen in der Entführungsaffäre um den Sohn Kováč, in: FAZ, 15.5.1996, S. 6.

Verräter gebrandmarkt, aus der HZDS ausgeschlossen und verlor seinen Sitz im Parlament.<sup>38</sup> Als er daraufhin durchblicken ließ, belastendes Material über führende Koalitionspolitiker zu besitzen, erhielt er anonyme Morddrohungen, bis schließlich einen Monat später vor seinem Haus eine Bombe explodierte, ohne ihm Schaden zuzufügen.<sup>39</sup>

Die demokratische Opposition und der Präsident waren von Anfang an der Meinung, daß der Entführungsfall Teil der schmutzigen Kampagne ist, mit der Kováč psychologisch zermürbt und aus dem Amt gejagt werden soll. Dieser als "unaufklärbar" demonstrativ ad acta gelegte Fall, desgleichen der Mord an dem Ex-Polizisten Remiáš und die massiven Vertuschungsversuche lassen berechnete Sorgen über den Zustand des slowakischen Rechtsstaats aufkommen.

Um das außenpolitische Image zu verbessern, erfolgte im August 1996 eine Auswechslung von drei wichtigen Kabinettsmitgliedern, so auch des Innenministers I. Lexa.

### **Vorbereitung einer Verfassungsrevision**

Auf dem VI. Parteitag der HZDS im März 1996 kündigte V. Mečiar eine Revision der slowakischen Verfassung an. Nach seinen Worten sollte eine Diskussion darüber geführt werden, "ob wir eine parlamentarische Regierung, ein Präsidial- oder ein Kanzlersystem haben wollen". Die HZDS spielt seit längerem ernsthaft mit dem Gedanken, bis zu Parlamentswahlen 1998 das Wahlsystem entweder in ein Mehrheitssystem oder in eine Kombination von Mehrheits- und Verhältniswahlrecht zu ändern. Nach A.M. Húška sollte das Wahlsystem deshalb geändert werden, damit "wir die politische Stabilität des Landes sichern können". S. Kozlík kritisierte die zu große Anzahl von Parteien, die dem Staat zu hohe Kosten verursachen. Nach seiner Meinung könnte "politische Pluralität auch weniger kostenintensiv sichergestellt werden". Mit Hilfe von Wahlbündnissen gelänge es vielen kleinen politischen Gruppierungen, unter der Fünf-Prozent-Hürde "hindurchzukriechen", erklärte Húška und deshalb werde das heutige slowakische Parlament von bis zu 17 Parteien gebildet. Das Mehrheitswahlsystem könnte "helfen", auf der politischen Szene nur zwei starke politische Parteien zu etablieren.<sup>40</sup>

---

<sup>38</sup> Nach einer einmal mehr heftigen Kontroverse wurde Gaulieder von der Parlamentsmehrheit der Sitz mit der Begründung abgesprochen, er hätte selbst in einem Brief sein Mandat aufgegeben. Offenbar handelt es sich um eine Fälschung, eines von den undatierten und ergänzbaren Rücktrittsschreiben, die jeder HZDS-Kandidat vor den Wahlen im Herbst 1994 unterzeichnen mußte. Es war eine Selbstverpflichtung, verbunden mit der Zahlung eines hohen "Schadenersatzes". Mit der damals getroffenen Maßnahme wollte die HZDS-Führung verhindern, die Parlamentsmehrheit durch Parteiaustritte oder Übertritte zu verlieren wie im Februar 1994. Da Gaulieder sein Mandat nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat, handelt es sich um eine Erpressung und flagrante Verletzung der Verfassung. Der Vorsitzende der Christdemokraten, J. Čarnogurský, erklärte, daß die SR hätte sich damit auf das Niveau Weißrußlands oder Serbiens begeben.

<sup>39</sup> FAZ, 9.12. 1996, S. 7.

<sup>40</sup> Ján Füle, Snem HZDS - Predseda hnutia je za celkovú revíziu slovenskej ústavy, in: Národná obroda, 25.3.1996, S. 1 und 9.

Damit sind offensichtlich die regierende HZDS und die oppositionelle SDL' gemeint. In der SDL' bahnt sich seit längerem ein Führungs- und Richtungswechsel an, nach dem sie gegebenenfalls zum neuen Koalitionspartner werden könnte. Mit der Wahl des slowakischen Botschafters in der Ukraine, des ehemaligen kommunistischen Apparatschiks Jozef Migaš, an die Parteispitze anstelle von Peter Weiss, eines großen Gegners eines Bündnisses mit der HZDS, könnte eine Verständigung mit Mečiar in die Wege geleitet werden. Daß unter die kleineren Parteien, die durch ein solches Wahlsystem benachteiligt wären (so z.B. die "Demokratische Union" von Moravčík), auch die momentanen "Koalitionsfreunde" fallen, scheint kein Versehen zu sein. Die Präferenzen für die "Nationalpartei" und die "Arbeitervereinigung" bewegen sich laut Meinungsumfragen seit längerem um oder unter 5%. Obwohl sich die Regierungskoalition als viel stabiler erwies als vorhergesagt, haben die Schwierigkeiten mit der Ratifizierung des Nachbarschaftsvertrags mit Ungarn wiederum gezeigt, daß der politische Manövrierraum von Mečiar viel enger ist, als ihm lieb ist.

Für die hier diskutierte Frage der Revision der slowakischen Verfassung ist der letzte Beschluß des Verfassungsgerichts vom 21. Mai 1997 von Bedeutung, die Auslegung der Art. 72 und 93 Abs. 2 der Slowakischen Verfassung. Indem das Verfassungsgericht entschied, daß die gesetzgebende Macht der SR nicht nur dem Nationalrat sondern auch direkt den Bürgern obliegt, besteht nun die Möglichkeit, die Verfassung auch mit einem Referendum zu ändern.<sup>41</sup> Andererseits ist nach wie vor für Verfassungsänderungen eine Zweidrittel-Mehrheit im Parlament notwendig, die ohne eine Übereinkunft zwischen der Koalition und Opposition nicht zustande kommen kann. Und diese scheint zumindest in nächster Zeit ausgeschlossen zu sein.

### **Das Phänomen des slowakischen Nationalismus**

Eine weitere Komponente der Politik der slowakischen Regierung stellt nationalistische Demagogie dar, die aus der zunehmend nationalistischen Gesinnung der gegenwärtigen Führungseliten herrührt.

Im Verlauf des Systemwandels nach 1989 war ein sich wandelndes Selbstverständnis der Slowaken zu beobachten, die nach einer entsprechenden staatsrechtlichen Lösung für die Föderation und nach einer neuen Identität zu suchen begannen. Dies wurde von nationalistischen Kräften in der Öffentlichkeit und Politik durch massive Umdeutung der eigenen Geschichte und Reaktivierung von nationalen Mythen aus dem 19. Jahrhundert und herausragenden Persönlichkeiten dieser Zeit forciert. Die Identitätssuche drückte sich bald schon in Slogans aus wie z.B. "einen eigenen Stern am Himmel des vereinten Europas erlangen", was in etwa zu bedeuten hatte, einen eigenständigen Platz für die Slowakei als Nation im neuen Europa erkämpfen (so der damalige Premierminister J. Čarnogurský). Entstanden als Begleiterscheinung der ersten Umbruchphase, wäre der geweckte Nationalismus wahrscheinlich schnell wieder abgeflaut, hätte sich der überwiegende Teil der slowakischen politischen Eliten im Parteien- und Wahlkampf nicht der nationalen bzw.

---

<sup>41</sup> Národná obroda, 22.5.1997, S. 1 und 2.

nationalistischen Rhetorik bedient. Um den nicht nationalen, proföderalistisch und reformorientierten Parteien der ersten Stunde den Wind aus den Segeln zu nehmen, wurden größere politische und wirtschaftliche Forderungen in der Diskussion über die offiziellen tschechisch-slowakischen Beziehungen gestellt. Diese Politik beinhaltete gleichzeitig die Ablehnung einer radikalen Wirtschaftsreform, was der Überzeugung entstammte, daß das kommunistische System keinen grundlegenden Systemumbruch nötig hätte. Begleitet wurde dies von populistischen Versprechungen, aber auch stimmungsmachenden nationalistischen Attacken gegen die Tschechen und die Föderation, womit sich die Befürworter der Eigenstaatlichkeit bereits den Weg ebneten.

Nach 1993 wurde die nationalistische Rhetorik noch weiter verstärkt, um die Bildung des eigenen Staates bei der gesamten Bevölkerung nachträglich zu legitimieren, die der Teilung der Tschechoslowakei zunächst ablehnend gegenüberstand. So entstand auch die Etikettierung der Bevölkerung in "gute" Slowaken, die die SR forderten oder begrüßten, und in "schlechte" bzw. "Nichtslowaken", die sie ablehnten, womit die beginnende politische Polarisierung der Gesellschaft einen nationalen Aspekt bekam. Durch die "Befreiung der Slowakei von der tschechischen Vorherrschaft" fiel der innere Feind weg, zu dem die Tschechen zum Schluß stilisiert worden waren. Nach der Gründung der SR konnte schnell ein neues Feindbild festgemacht werden, als die ungarischen Parteien für neue Minderheitenrechte eintraten und Forderungen nach Autonomie in den gemischten slowakisch-ungarischen Gebieten aufstellten. Die in neue Richtung umgelenkte nationalistische Demagogie weckte in großen Teilen der slowakischen Bevölkerung latente antiungarische Stimmungen.

Charakteristisch für das neue politische Vokabular der Staatsgründer wie auch für die gesellschaftliche Atmosphäre insgesamt ist die Betonung des gemeinsamen Schicksals, Appelle, sich mit der slowakischen Volksgemeinschaft zu identifizieren. Eine Kritik an der Regierungspolitik wird als "Verleumdung" oder "Verrat an den nationalen Verhältnissen" beschimpft, wozu natürlich auch Eingehen auf die Forderungen der ungarischen Minderheit gehört.<sup>42</sup> Diese Haltung fand bei relativ breiten Bevölkerungsschichten Anklang, was die Ergebnisse der Wahlen von 1992 sowie 1994 erklärt, die wiederholt nationalistische und populistische Kräfte an die Macht brachten. Die nationalen Werte und Ideen sowie Forderungen an die tschechische Seite stellten damals etwas Neues dar, was die kommunistische Ideologie unterdrückt hatte. Gleichzeitig waren sie Ersatz für die Zugehörigkeit zu einer kollektiven Identität und für verlorene Sicherheiten der sozialen Nivellierung im kommunistischen Staat. Nach dem Fall des Kommunismus konnten kritische Bürger bald beobachten, wie sich "mehr oder weniger eifrige Anhänger der kommunistischen

---

<sup>42</sup> In der wichtigsten Regierungszeitung "Slovenská republika", wird z.B. von "nichtslovakischen, tschechoslovakistischen und 'magyaronen' Kreisen sowie Kosmopoliten" in einem Atemzug gesprochen, "die seit jeher einen feindlichen antislovakischen Krieg führen". Mit solchem und ähnlich demagogischem Sprachgebrauch wird die gesamte Opposition und kritische Öffentlichkeit gleichgesetzt und zusammen sowie jedes Element für sich als feindlich angezeigt.

Ideologie über Nacht in ebenso eifrige Anhänger alles 'Slowakischen' wandelten". Die Politologin Miháliková bezeichnet diese Entwicklung als "Identitätswandel".<sup>43</sup>

Nach der erneuten Machtübernahme hat die HZDS ihre propagandistische und nationalistische Rhetorik, mit der sie versucht, ihre Anhänger im mobilisierten Zustand zu halten, nochmals gesteigert. Dadurch, daß sich Mečiar's Bewegung jederzeit auf ihre Anhänger stützen kann, wird die Legitimität ihrer Politik vor der Gesellschaft demonstriert. Der Nationalismus war anfänglich nicht im Mittelpunkt der HZDS-Politik, er wurde nur zur effektiveren Manipulation der Bevölkerung eingesetzt. Seit der Bindung der HZDS an den extrem nationalistischen Koalitionspartner, die Nationalpartei, ist der Nationalismus zur Regierungsprogrammatisierung erhoben worden.

### **Einige umstrittene Fälle der slowakischen Gesetzgebung unter der Regierung Mečiar**

#### *Der ungarisch-slowakische Grundvertrag*

Mit dem Ratifizierungsakt im Nationalrat am 26. März 1996 wurde der erste Grundvertrag zwischen der Slowakischen Republik und Ungarn überhaupt gültig. Ungarn hatte den Nachbarschaftsvertrag, der vor einem Jahr von den Ministerpräsidenten Vladimír Mečiar und Gyula Horn in Paris unterzeichnet worden war (19.3.1995), schon im Juni 1995 ratifiziert. Der Grundvertrag kam unter besonders massivem Druck der Pariser Konferenz "Europäischer Stabilitätspakt" 1994 und 1995 sowie einer seltenen politischen Konstellation in Ungarn zustande. Die ungarischen Nationalisten waren dort nicht ins Parlament gelangt und Horn's postkommunistische Sozialisten wollten einen neuen Kurs präsentieren. Auf der Pariser Konferenz wurde den in die EU und NATO strebenden ostmitteleuropäischen Ländern unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß sie als eine Voraussetzung für die Aufnahme ihre Streitigkeiten wegen Grenz- und Minderheitenfragen beenden müßten.<sup>44</sup>

Neben den im Freundschaftsvertrag üblichen Klauseln werden die Unveränderbarkeit der gemeinsamen Grenze und der Ausschluß jedweder territorialer Ansprüche garantiert, womit die Urängste der Slowaken, Ungarn könnte sich wieder auf den gesamten Siedlungsraum seines Staatsvolks ausdehnen wollen, abgebaut werden sollen. Darüber hinaus enthält der Vertrag Bestimmungen zum freien Gebrauch der Muttersprache für die rund 567.000 in der Südslowakei lebenden Ungarn sowie Klauseln, die die ungehinderte Tätigkeit der auf der Grundlage ethnischer Zugehörigkeit entstandenen Parteien regeln, was wiederum Forderungen der ungarischen Seite waren. Erwähnt wird auch die Empfehlung Nr. 1201 des Europarats über die Autonomie nationaler Minderheiten. Der Nachbarschaftsvertrag sollte der

---

<sup>43</sup> Vgl. Silvia Miháliková, a.a.O., hier S. 124.

<sup>44</sup> Die Unterschrift war relativ unerwartet, nach einem langen nächtlichen Zweitreffen zwischen Horn und Mečiar, buchstäblich in letzter Minute der zweiten Stabilitätskonferenz zustande gekommen. Das Ergebnis wurde als großer außenpolitischer Erfolg Mečiar's und Horn's gefeiert. Vgl. Andreas Oplatka, Vermittler gesucht. Ostmitteleuropas regelungsbedürftige Minderheitenfragen, in: Europäische Rundschau, 1, 1996, S. 59-66, hier S. 60-61.



Schlußstrich unter die Vergangenheit sein, dieses mit tatsächlichem und vermeintlichem historischen Unrecht belastete Kapitel endgültig schließen.<sup>45</sup>

Die historische Bedeutung dieses Schrittes wird allerdings durch drei Faktoren auf der slowakischen Seite getrübt:

1. Die Bereitschaft der slowakischen Regierung zur historischen Aussöhnung wurde bereits durch die mehr als einjährige leidenschaftliche Diskussion um die im Vertrag zugestandenen Minderheitenrechte für die Ungarn angezweifelt. Paradoxerweise haben vor allem die Parlamentarier der Regierungskoalition, die später für den Grundvertrag stimmten, mehrmals ihre Ablehnung geäußert und mit ihrer nationalistischen Argumentation (z.B. "großungarische Gefahr" oder "Anschluß der ungarischen Siedlungsgebiete an Ungarn") die Vorurteile in der öffentlichen Meinung gefestigt.<sup>46</sup>

Aufgrund des großen Widerstands der Nationalpartei sowie der nationalistischen Flügel innerhalb der HZDS und der Arbeitervereinigung hatte das slowakische Parlament die Ratifizierung mehrmals verschieben müssen. Die Nationalisten hatten von Anbeginn Vorbehalte in bezug auf den Vertragstext und kritisierten die entgegen von Absprachen geleistete Unterschrift Mečiar. Der Premier war sich einer Mehrheit im Parlament für den Vertrag nicht sicher. Auf die Stimmen der Opposition allein wollte er nicht angewiesen sein, weil er wegen der belasteten Beziehungen zwischen Regierung und Opposition nicht darauf rechnen konnte.

Die Kritik, die es allerdings auch in Reihen der Opposition gab, bezog sich vor allem auf die Empfehlung Nr. 1201 des Europarats zum Schutze ethnischer Minderheiten, zu deren Respektierung sich die slowakischen Vertreter anlässlich der Aufnahme der Slowakei in den Europarat verpflichtet hatten. Neben dem zugesagten Recht auf eigene Sprache, Kultur und Religion ist darin auch verankert, daß eine auf einem bestimmten Gebiet lebende Minderheit autonome Selbstverwaltungen bilden kann, wenn sie in der engeren Region die numerische Mehrheit stellt.

Nach Inkrafttreten des Dokuments hätte sich die ungarische Minderheit bei der Wahrnehmung ihrer Minderheitenrechte auf den Grundvertrag berufen können. Eine Auslegung der angeführten Minderheitenrechte als kollektive Rechte könnte, so die slowakische Befürchtung, ungarische Autonomiebestrebungen ermutigen und sogar zu einer Sezession der Siedlungsgebiete in der Südslowakei führen.

2. Eine weitere Tatsache, die den Schritt vorwärts in den bilateralen Beziehungen zwischen der Slowakei und Ungarn in ein anderes Licht stellt, ist, daß laut Opposition und kritischen Kommentatoren zwischen der Nationalpartei und der HZDS ein gefährlicher "Kuhhandel" stattgefunden haben muß, bevor die SNS Mečiar doch ihre Unterstützung zusagte. Deshalb wurden zuvor zwei neue Gesetze von der SNS erarbeitet und dem Nationalrat vorgelegt: das Sprachgesetz und eine Gliederungs- und Verwaltungsreform. Das Sprachgesetz und die Gebietsreform sollen sicherstellen, daß die Slowaken nicht von den Ungarn

---

<sup>45</sup> Karol Wolf, Slovenský parlament ratifikoval smlouvu o vzťahách s Maďarskom, MF Dnes, 27.3.1996, S. 8.

<sup>46</sup> Ivan Drábek, Ešte bez hrubej čiary za minulosťou, in: Pravda, 28.3.1996.

"dominiert" werden. Zu einer weiteren Bedingung für die Ratifizierung des Freundschaftsvertrags wurde das sog. Gesetz zum Schutze der Republik, das gleichfalls antiungarisch gefärbt ist. Das letztere mußte noch am selben Tag, unmittelbar vor der Abstimmung über die Ratifizierung des Vertrags, verabschiedet werden.<sup>47</sup>

Daß sich der Termin der Ratifizierung des Grundvertrags so lange hinzog, wird darauf zurückgeführt, daß erst die anderen Gesetze in der richtigen Form vorliegen und von der Regierungskoalition verabschiedet sein mußten.

3. Damit die Ratifizierung nicht ganz scheitert, wurde als weiteres Zugeständnis an die nationalistischen Kräfte in der Regierungskoalition gleichzeitig mit der Ratifizierung des Grundvertrages ein Zusatzdokument angenommen. Das Dokument sollte dem Abkommen als "Auslegungshilfe" beigelegt werden. Die strittigen Passagen zu Minderheitenrechten wurden hier allerdings anders ausgelegt als in der Empfehlung des Europarats:

"(...) Die Slowakische Republik respektiert und hält vollständig die allgemein anerkannten Standards und Normen im Bereich der Rechte und Pflichten der nationalen Minderheiten angehörnden Personen ein, die auf individuellen Bürgerrechten als unabtrennbarem Bestandteil der allgemeinen Bürgerrechte gründen. In diesem Geiste gründen auch die Bestimmungen des Grundvertrags zwischen der Slowakischen Republik und der Ungarischen Republik auf der Konzeption von individuellen Bürgerrechten der nationalen Minderheiten angehörnden Personen, weil jeder andere Ansatz gesetzlich zur Verletzung der Menschen- und Bürgerrechte der übrigen Bürger des Staates führen könnte. Die Slowakische Republik lehnt aufgrund eigener Erfahrungen aus der jüngsten Geschichte und im Interesse der Festigung der Stabilität in Europa (...) die Konzeption von kollektiven Minderheitenrechten und jedweden Versuch zur Bildung von autonomen Strukturen oder Sonderstatuten auf ethnischer Grundlage, welche in direktem Widerspruch zu dem Grundvertrag stehen, grundsätzlich ab."<sup>48</sup>

Juristisch "abgerundet" wird hier klargestellt, daß die Angehörigen nationaler Minoritäten lediglich individuelle, keineswegs aber kollektive Rechte erhalten sollen, damit sie keine Selbstverwaltungen bilden können. Durch das Zusatzprotokoll wurde der ursprüngliche Inhalt des Vertrags, in dem genau das Gegenteil steht, widerrufen:

"In Regionen, in welchen die zu nationalen Minderheiten gehörenden Personen die Mehrheit bilden, sollen sie die dazugehörigen örtlichen oder Selbstverwaltungsorgane oder einen Sonderstatus (...) erhalten."<sup>49</sup>

Mit diesem Interpretationszusatz, dessen Formulierung sich in die Länge zog, fand der ungarisch-slowakische Grundvertrag im slowakischen Parlament schließlich eine komfortable Mehrheit: von insgesamt 150 Abgeordneten sprachen sich 119 dafür aus, womit nach langer Zeit Regierungskoalition und Opposition eine Einheit bildeten. Allerdings haben alle

---

<sup>47</sup> Ivan Sámel, Kšeft s ochranou republiky; Z rozpravy o ratifikácii: Slovensko-maďarská zmluva očami poslancov, in: Národná obroda, 28.3.1996, S. 9.

<sup>48</sup> Dodatok k zmluve. Dokument, in: Národná obroda, 28.3.1996, S. 9.

<sup>49</sup> Peter Schutz, Hvězdny den bratislavského parlamentu, Lidové noviny, 29.3.1996, S. 2.

Abgeordneten der drei ungarischen Parteien, die den ursprünglichen Vertrag von Anbeginn an unterstützten, durch ostentative Enthaltung ihre Meinung zur Aushöhlung des Abkommens durch den Zusatz geäußert.

Die offiziellen Stellen in Budapest haben sich zwar über diese ungewöhnliche Zusatzerklärung, die in der internationalen Praxis kaum üblich ist, gewundert, die Ratifizierung aber überwiegend positiv gewertet. Der ungarische Außenminister László Kovács war allerdings entschlossen, beim Austausch der Vertragsdokumente nur die Grundurkunde entgegenzunehmen. Er ging davon aus, daß der Zusatz international irrelevant und offensichtlich nur für den internen Gebrauch in der Slowakei bestimmt sei. Parteien der christlich-konservativen und bürgerlich-radikalen Opposition in Ungarn warnten hingegen vor einer Falle.<sup>50</sup>

Am 15. Mai 1996 haben die beiden Länder schließlich die Ratifizierungsurkunden ausgetauscht – ohne das umstrittene slowakische Zusatzdokument, so daß der ungarisch-slowakische Grundvertrag nun gültig ist.<sup>51</sup>

Die Europäische Union würdigte den Vertrag ausdrücklich als einen Beitrag zur Förderung der Stabilität in der Region. Kenner der Lage in der Slowakei, wie z.B. der ehemalige slowakische Botschafter in Ungarn, Rudolf Chmel, schrieben die Ratifizierung des ungarisch-slowakischen Vertrags allerdings nicht allein der slowakischen Regierung zu: Sie sei "kein Ergebnis von Geschichtslogik und schon gar nicht einer Logik von Haltungen der politischen Repräsentanten der Slowakei, sondern vor allem und ausschließlich das Ergebnis eines ungewöhnlichen euroatlantischen Drucks auf uns."<sup>52</sup>

Die Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist, welchen Wert der ratifizierte Vertrag noch hat, der von innen durch drei slowakische Gesetze und von außen durch den Interpretationszusatz ausgehöhlt wurde. Beobachter sind deshalb auch skeptisch, ob der Vertrag die ungarisch-slowakischen Beziehungen in nächster Zukunft verbessern wird, und weisen darauf hin, daß er keine große Verbesserung für die ungarische Minderheit in der Slowakei mit sich bringen wird.

### ***Slowakische Minderheitengesetzgebung und Minderheitenpolitik***

In der früheren Tschechoslowakei (ČSSR) galt eine Minderheitenregelung der föderalen Verfassung von 1968, die ungarische Schulen und Ungarisch als Amtssprache in ungarischen Siedlungsgebieten zuließ. Soweit es der ideologische Rahmen der kommunistischen Diktatur erlaubte, konnte auch ungarische Kultur gepflegt werden. Eine ausgesprochene Unterdrückung dieser Minderheit fand nach der Wiedereinführung von Minderheitenrechten

---

<sup>50</sup> László Kovács, Az alapszerződés eszköz a kezünkben, in: Népszabadság, 28.3.1996, S. 3; Kritik am ungarisch-slowakischen Grundvertrag, Neue Zürcher Zeitung, 29.3.1996, S. 5.

<sup>51</sup> Vgl. Základná slovensko-maďarská zmluva vstúpila do platnosti, in: Národná obroda, 16.5.1996, S. 1 und 6.

<sup>52</sup> Vgl. Z rozhovoru s bývalým val'vyslancom v Maďarsku. Myty a predsudky majú živnú podu, in: Národná obroda, 2.5.1996, S. 9.

im Jahre 1954 nicht mehr statt, während zuvor eine starke Diskriminierung geherrscht hatte und "Reslowakisierung" betrieben worden war.<sup>53</sup>

Die "samtene Revolution" von 1989 gewährte der gesamten Bevölkerung alle demokratischen Freiheitsrechte, was für die ungarische Minderheit auch Gründung von Parteien und somit politische Partizipationsmöglichkeit bedeutete. Viele der von den ungarischen Parteien aufgestellten Forderungen wurden von den slowakischen Parteien sofort als extrem und unannehmbar angesehen. So haben sich ungarische Politiker während der vergangenen Jahre mit Beschwerden an internationale Institutionen gewandt und versucht, ihre Probleme auf der Ebene der internationalen Politik zu lösen. Bald entbrannte an den Forderungen, der Internationalisierung dieser Problematik und dem wechselseitigen Agieren und Reagieren beider Seiten in der Tagespolitik eine bislang in solcher Schärfe nicht gekannte öffentliche Diskussion. Sie belastete massiv die Kooperation zwischen den slowakischen und ungarischen Parteien im Parlament, verschärfte die Beziehungen zwischen den Slowaken und Ungarn in gemischten Gebieten und verhärtete bestehende Vorurteile.

Die slowakische Verfassung vom 1. September 1992 definiert die Slowakei als einen Nationalstaat. Die allgemeinen Minderheitenrechte werden in zwei Minderheitenartikeln (Art. 33, 34) definiert, allerdings unter dem Vorbehalt, daß ihre Ausübung "nicht zur Bedrohung der Souveränität und der territorialen Einheit der Slowakischen Republik und zur Diskriminierung anderer führen darf". Darüber hinaus beinhaltet der Vorbehalt ein Verbot "positiver Diskriminierung", also wohl von gruppenbezogenen staatlichen Fördermaßnahmen (als wesentlicher Voraussetzung für effektiven Minderheitenschutz). Nach dem Rechtswissenschaftler G. Brunner zeugt die slowakische Verfassung "von dem Mißtrauen gegenüber möglichen Sezessionsbestrebungen der ungarischen Minderheit, der diese Form des Selbstbestimmungsrechts, die die Slowakei gerade auszuüben im Begriffe war, um jeden Preis verweigert werden soll".<sup>54</sup>

Die Minderheitenpolitik in der Slowakei wurde stark davon beeinflusst, wer gerade an der Macht war. Seit der Selbständigkeit spielte insbesondere eine Rolle, ob die Regierung von sog. Standard- oder Nichtstandardparteien gebildet wurde. Während der Regierungszeit von demokratisch ausgerichteten Standardparteien waren die Beziehungen zur ungarischen Minderheit im großen und ganzen korrekt, trotz zeitweiliger Mißverständnisse und Spannungen. Unter der Regierung von nationalistisch orientierten Parteien (HZDS und SNS) wuchsen sich die slowakisch-ungarischen Spannungen zur offenen Konfrontation aus. Die Stellung der ungarischen Minderheit in der Slowakei wurde zur Schlüsselfrage in den bilateralen Beziehungen zu Ungarn. Ein charakteristischer Zug der Minderheitenpolitik dieser Regierung ist, daß sie über Probleme von Minderheiten entscheidet, ohne diese maßgeblich

---

<sup>53</sup> Vgl. Georg Brunner, Die Lage der Ungarn in der Slowakei, in: Europäische Rundschau, 1, 1996, S. 47-58, hier S. 50-51.

<sup>54</sup> Vgl. G. Brunner, ebenda.

an der Entscheidungsfindung zu beteiligen. Zwar ist hier ein Rat für Nationalitäten tätig, der jedoch so zusammengesetzt ist, daß er keinen Widerstand leistet.<sup>55</sup>

Quelle der slowakisch-ungarischen Spannungen sind die Verwendung der ungarischen Sprache, Minderheitenschulwesen, Kultur, Verwaltung sowie Finanzierung der Minderheitenkultur.

### *Das Sprachgesetz*

Gegen Ende 1995 und in der ersten Jahreshälfte 1996 wurden auf Druck der Nationalpartei durch die Mehrheitsstimmen der Regierungskoalition im Slowakischen Nationalrat drei umstrittene Gesetze verabschiedet, mit deren Hilfe das heikle Problem der ungarischen Minderheit gelöst werden sollte. Es handelt sich um das sog. Sprachgesetz und eine Gliederungs- und Verwaltungsreform der Slowakei. Ihr Zweck war sicherzustellen, daß die Slowaken von den Ungarn nicht "dominiert" werden, ein Schlagwort der nationalistischen Kreise. Als drittes folgte das "Gesetz zum Schutze der Republik", das unmittelbar vor der Abstimmung über die Ratifizierung des ungarisch-slowakischen Vertrags vom März 1996 vom Parlament verabschiedet wurde. Diese drei Gesetze schmälern nicht nur einige Rechte der ungarischen Minderheit, sondern bedeuten einen weiteren Schritt hin zum autoritären Regime in der Slowakei.

Zu einem der schwersten Konflikte zwischen den zwei Ethnien wurden 1995 die Bestimmungen des "Sprachgesetzes". Dazu gehört eine bestimmte Vorgeschichte: Im Oktober 1990 wurde das erste Gesetz über die Amtssprache verabschiedet, das den Gebrauch von Minderheitensprachen im Amtsverkehr in allen Gemeinden ermöglichte, in denen der Anteil der Minorität mindestens 20% erreichte. Die Annahme des Sprachgesetzes löste heftige Diskussionen und Emotionen aus. Die SNS verlangte schon damals die Einführung des Slowakischen als einzige Amtssprache. Diese Kritik am Sprachgesetz rief eigentlich die Hauptwelle des antimagyarischen Nationalismus in der slowakischen Bevölkerung hervor. (Eine aufgehetzte Menschenmenge verschaffte sich gewaltsam Zugang zum Parlament, als man sie nicht einlassen wollte.)<sup>56</sup>

Einen weiteren Streit entfachten die zweisprachigen Ortstafeln, Straßennamen, Geschäftsbezeichnungen u.ä., die nach 1989 in den ungarischen Siedlungsgebieten eingeführt und toleriert worden waren. Zu Beginn der zweiten Mečiar-Ära (1992) begann die Regierung unter dem Druck des Koalitionspartners SNS, verstärkt eine nationalistische Linie zu verfolgen und die zweisprachigen Aufschriften wieder zu entfernen, was eine große Protestwelle unter den Ungarn verursachte. Nach mehreren Anläufen und heftigen Auseinandersetzungen hat schließlich die tolerantere Übergangsregierung von J. Moravčík die angespannte Lage beruhigen können und 1994 eine Teilregelung bezüglich der Ortstafeln verabschiedet. Danach wurde in den Gemeinden mit einem Minderheitenanteil von

---

<sup>55</sup> Vgl. Dostál, Die Stellung der nationalen Minderheiten in der Slowakei, a.a.O., S. 265.

<sup>56</sup> Ebenda, S. 260.

mindestens 20% das Anbringen von zusätzlichen Ortsschildern in der Minderheitensprache erlaubt.<sup>57</sup>

Im Zusammenhang mit dem Beitritt der Slowakei zum Europarat wurde die slowakische Gesetzgebung weiter liberalisiert und es wurde eine Regelung verabschiedet, die die Schreibweise von Vor- und Frauennamen (ohne die typisch slawische Endung -ová) in der Sprache der Minderheit ermöglichte. Die schrittweise Erfüllung einiger Forderungen der ungarischen Minderheit führte jedoch nicht zur Entspannung und Versöhnung.

Durch den Regierungswechsel kam es zu einer Wende in der Minderheitenpolitik und zu Kürzungen bei der Förderung der Minderheitenkultur (statt 140 nur 58 Mio. Sk), was 1995 zur Einstellung einiger Periodika und zu Entlassungen führte. Zu großen Konflikten kam es jedoch im Bereich des Schulwesens. 1994/95 startete die Regierung den Versuch, einen zweisprachigen "Alternativunterricht" an den ungarischen Schulen und Kindergärten einzuführen. Danach werden an den ungarischen Grundschulen mehrere Fächer in Slowakisch unterrichtet, nicht ausschließlich in Ungarisch wie bisher. Die offizielle Begründung für die Einführung des zweisprachigen Unterrichts ist, bessere Kenntnisse in Slowakisch zu gewährleisten und die Berufschancen der ungarischen Schulabgänger auf dem gesamten Gebiet der Slowakei durch die Beherrschung auch slowakischer Fachbegriffe zu erhöhen.<sup>58</sup> Die Ungarn verstehen den Alternativunterricht jedoch als einen Angriff auf das ungarische Schulnetz und dieses Projekt als politisch motiviert, unter anderem auch deshalb, weil das Minderheitenschulsystem von zwei Politikern der SNS, J. Sitek und E. Slavkovská, geleitet wird. Die Sprecher der Minderheit verweisen darauf, daß ein ähnliches Schulsystem Anfang der 60er Jahre in Ungarn eingeführt wurde und sich als eine Ursache für die Assimilierung der dortigen Minorität herausgestellt hat. Obwohl die Teilnahme am zweisprachigen Unterricht auf freiwilliger Basis stattfinden sollte, glaubten ungarische Eltern den Versprechungen des Schulministeriums in der politisch zugespitzten Atmosphäre nicht und starteten Unterschriftensammlungen gegen das Projekt. Vor der Einführung des Alternativunterrichts fanden im April 1995 die ersten Massenprotestversammlungen von ungarischen Lehrern und Eltern in Komárno statt. Trotzdem wurde weiter an der Umsetzung gearbeitet und Schuldirektoren, die sich gegen die Einführung des neuen Schulsystems aussprachen, wurden entlassen. Das führte im Juni und September 1995 zu einer Welle von Protesten an den ungarischen Schulen in der gesamten Südslowakei. Die ganze Aktion endete mit einem Fiasko. Der zweisprachige Unterricht wurde lediglich in ein paar Kindergärten eingeführt.<sup>59</sup>

Im Jahre 1995 kam es im Zusammenhang mit der geplanten Ratifizierung des ungarisch-slowakischen Grundvertrags, dem die Nationalpartei nicht zuzustimmen drohte, auch zu einer Wende in der Minderheitengesetzgebung. Das Kultusministerium hatte ein Gesetz über die

---

<sup>57</sup> Es handelt sich um 489 ungarische, 96 ruthenisch-ukrainische und 2 deutsche Gemeinden, die in einer dem Gesetz beigefügten Liste aufgeführt sind. Vgl. G. Brunner, a.a.O.

<sup>58</sup> Solche Versuche wurden schon während des kommunistischen Regimes unternommen, weil die Angehörigen der ungarischen Minderheit ungenügende Slowakischkenntnisse hatten, aber ohne Erfolg.

<sup>59</sup> Vgl. Dostál, Die Stellung der nationalen Minderheiten in der Slowakei, a.a.O., S. 259.

Staatsprache vorbereitet, das die Benutzung der slowakischen Sprache in allen Bereichen (bis auf einige wenige Fälle) verbindlich machte. Das zielte besonders gegen die Ungarn, die bisher in ihren Gebieten auch im Amtsverkehr Magyarisch sprechen durften. Die Vorlage wurde von der "Ungarischen Koalition" abgelehnt, und auch die übrige Opposition nahm kritisch Stellung dazu.

Nach kleinen Verbesserungen und Streichung von offensichtlich unsinnigen Bestimmungen<sup>60</sup> setzte schließlich im November 1995 die Regierungsmehrheit das Gesetz über die Staatsprache der SR durch. Danach ist Slowakisch Amtssprache im Amtsverkehr sowie im öffentlichen Gebrauch auch in den Gebieten der Minderheit, wo diese die Mehrheit darstellen,<sup>61</sup> sogar in rein ungarischen Ortschaften. In einem Paragraphen wurde gleichzeitig das Gesetz über die Amtssprache von 1990 wieder aufgehoben. So ist eine Rechtslage entstanden, in der derzeit kein Gesetz die Minderheitenrechte regelt und in der Praxis durchsetzt.

Das Kultusministerium, das die Gesetzesvorlage vorbereitet hatte, hat eigene Sprachinspektoren eingesetzt, die die Einhaltung des § 8 des umstrittenen Gesetzes und die "Reinheit" der Anwendung der slowakischen Sprache auf öffentlichen Plätzen und Aufschriften sogar in der Werbung und Filmindustrie überwachen sollen, was zu Absurditäten führt.<sup>62</sup> Von den Ungarn werden sie die "Sprachpolizei" genannt. Eventuelle Verstöße sollen mit hohen Bußgeldern (ursprünglich bis zu 1 Mio. Sk, später halbiert) geahndet werden.<sup>63</sup> Hinter all dem stand eine anachronistische Sprachnorm, deren Geist und Grundlagen vor allem solchen nationalistischen Zentren wie "Matica slovenská" oder dem Klub der slowakischen Intelligenz "Koreny" entsprungen sind.

Ungarns Außenminister L. Kovács nannte das neue Sprachgesetz "absolut inakzeptabel". Es widerspreche der Regelung im Grundlagenvertrag zwischen der Slowakei und Ungarn. Bratislava wies die Kritik mit dem Argument zurück, das Sprachgesetz betreffe formal nicht die Minderheiten; für diese würde demnächst ein eigenes Gesetz erlassen, das auch deren sprachlichen Rechte garantieren würde. Auch das Europaparlament in Straßburg verurteilte das Sprachgesetz in einer äußerst scharf gehaltenen Resolution und drohte, die Vertretung der

---

<sup>60</sup> Die Gesetzesvorlage enthielt etwa die Vorschrift, daß der Kontakt zwischen einem ungarischen Patient und Arzt ausschließlich in der Amtssprache, also auf Slowakisch, stattfinden sollte.

<sup>61</sup> In 435 Dörfern bilden die Ungarn mehr als 50% der Bevölkerung.

<sup>62</sup> So mußten auch alle Filme aus der früheren Tschechoslowakei, die im vertrauten und verständlichen Tschechisch gesprochen waren und nun unter ausländische Produktionen fielen, mit slowakischen Untertiteln versehen werden. Was bei den ersten Vorführungen zu demonstrativem Lachen führte, hätte im Endeffekt allerdings zum Verzicht auf die Ausstrahlung aller alten und neuen tschechischen Filme geführt, weil das Untertiteln bzw. Synchronisieren für die Kinobesitzer zu teuer gekommen wäre. Diese Absurdität wurde wieder abgeschafft. Ein anderes Beispiel kommt aus der Welt des Eishockeys. Der slowakischen Mannschaft wurde für die Weltmeisterschaft eine Geldstrafe von 250.000 Sk pro Spieler angedroht, wenn auf ihren Trikots die englische Bezeichnung "Slovakia" statt "Slovensko" zu sehen sein sollte. Vgl. Karol Wolf, Zákon o státním jazyku vyvolá konflikt, in: MF Dnes, 22.6.1995, S. 12

<sup>63</sup> MF Dnes, 22.6.1995, S. 12; Národná obroda, 3.1.1997, S. 1.

EU in Bratislava zu schließen, wenn Premier Mečiar nicht einlenken sollte.<sup>64</sup> Bratislava verpflichtete sich danach, demnächst ein eigenes Minderheitengesetz zu erlassen. Im Februar 1997 erklärte die HZDS-Parlamentarierin E. Gajdarová, das Gesetz sei nicht geplant, weil das Kultusministerium der Meinung wäre, daß die SR so ein Gesetz nicht brauche.<sup>65</sup>

### ***Die Territorial- und Verwaltungsreform***

Am 22. März 1996 wurde vom Slowakischen Nationalrat eine neue Territorial- und Verwaltungsreform beschlossen, nach der die Slowakei nun in acht Bezirke und 79 Kreise eingeteilt wird. Bisher gab es nur vier Bezirke und die Hauptstadt Bratislava als Sondereinheit. Die Verfassung der SR sieht eine neue Regionalstruktur vor, die auch als Beitrittsbedingung zur Europäischen Union gilt.

Dennoch stieß die praktische Gestaltung der Gebietsreform, die am 3. Juli 1996 in Kraft trat, auf entschiedenen Widerstand des "Verbands der slowakischen Städte und Gemeinden" (ZMOS), dessen Vorschläge von der Regierung ignoriert wurden. Anhand der Kritik auch von der Minderheitenvertretung und der Opposition entschied sich Staatspräsident Kováč, den Gesetzesentwurf nicht zu unterzeichnen. Die Mängel der Reform sind nicht so ersichtlich und so grundlegend wie die des ein paar Tage danach verabschiedeten Gesetzes zum Schutze der Republik.<sup>66</sup>

Die Kritikpunkte an der neuen Territorial- und Verwaltungsreform der Slowakei lassen sich in zwei Themenkreisen zusammenfassen:

1. Zum einen wurden die Bezirke und Kreise so zugeschnitten, daß (mit Ausnahme des südslowakischen Bezirks um die Stadt Nitra) in keiner der neuen Verwaltungseinheiten die ungarische Minderheit gemäß der Empfehlung 1201 des Europarats eine Volksgruppenselbstverwaltung beanspruchen könnte.<sup>67</sup> Statt der bisherigen West-Ost-Gliederung werden die ungarisch dominierten Gebiete in Nord-Süd-Richtung zerschnitten. Dies zerteilt nicht nur gewachsene Kultur- und Wirtschaftszusammenhänge, sondern hält die Ungarn auch überall rein rechnerisch unter 30%, sogar in den fast homogenen ungarischen Gebieten. Somit wird der Passus des ungarisch-slowakischen Vertragwerks, wonach in Bezirken mit mehrheitlich nicht slowakischer Bevölkerung diese das Recht auf Selbstverwaltung hat, durch die Verwaltungsreform praktisch außer Kraft gesetzt.
2. Die Verwaltungsbezirke, in denen die Opposition traditionell die Mehrheit hat, wurden um Gebiete vergrößert, die von der Regierungskoalition dominiert werden. Nach Ansicht der

---

<sup>64</sup> Neues Deutschland, 20.11.1995, S. 7.

<sup>65</sup> Vgl. Daniel Bútorá, Slovensko stále čaká na zákon o používaní menšinových jazykú, in: Respekt, 10.-16.2.1997, S. 7.

<sup>66</sup> Národná obroda, 23.3.1996, S. 1-2; Uzemné a správne usporiadanie späť v NR SR, in: Národná obroda, 13.4.1996, S. 8.

<sup>67</sup> Nach der Volkszählung von 1991 leben an der südlichen Grenze der Slowakei mit Ungarn in 542 Dörfern 99, 3% Ungarn und bilden dort 3-4 homogene Regionen. Vgl. Edit Bauer, Die ungarische Minderheit in der Slowakei, in: Der Donauraum, 3/4, 1994, S. 50-57, hier S. 56.



Opposition ist dies Mečiar's erster praktischer Schritt hin zum neuen Wahlrecht, das auf dem HZDS-Kongreß 1996 angekündigt wurde.

Das gilt z.B. für die Hauptstadt Bratislava, deren Grenzen um 50 km verschoben und somit um 57 Ortschaften aus drei Bezirken vergrößert wurden und nun aus fünf Kreisen besteht. Damit verlor Bratislava seine Stellung als territoriale Bezirkseinheit. Praktisch bedeutet das, daß die Finanzierung der städtischen Belange durch die fünf Kreishaushalte vom Finanzhaushalt des Staates abhängig gemacht wurde. Außerdem ist auch ihr Status als Hauptstadt geringer.<sup>68</sup>

Die neue Verwaltungsreform schuf die erste Voraussetzung für eine grundsätzliche Reorganisation der Bezirks- und Kreisgerichte und der Prokuratur, also auch die Möglichkeit für personelle Umbesetzungen,<sup>69</sup> wozu bereits Gesetzesvorlagen erarbeitet worden sind. In Vorbereitung stehen neue legislative Normen zum Gesetz über den öffentlichen Dienst, das Polizei-, das Armeekorps des Innenministeriums und über den Ausnahmezustand. Laut DU strebt die gegenwärtige Regierungskoalition einen Komplex von Instrumenten an, die jedweden Widerstand ersticken sollen.

### ***Das Gesetz zum Schutze der Republik***

Am 18. Dezember 1996 wurde die seit Monaten scharf umstrittene erste und zweite Novelle des Strafgesetzes zum sog. Gesetz zum Schutze der Republik mit 66 Stimmen der Regierungskoalition verabschiedet. Seine Gegner bewerteten die Vorlage als Verletzung der Bürgerrechte und als Anzeichen diktatorischer Neigungen. Sie weisen darauf hin, daß die Novellen eine Verfügung über die Taten gegen die Republik reaktivieren, die es im kommunistischen Regime zur Verfolgung von Dissidenten gab. Als "Verleumdungsparagraphen" berüchtigt, wurden sie nach der Novemberrevolution von 1989 aus dem tschechoslowakischen Rechtssystem gestrichen.<sup>70</sup>

Am 26. März 1996 wurden die Novellen in erster Lesung angenommen. Dabei sagte der stellvertretende Parlamentsvorsitzende A.M. Húška (HZDS), daß sie als Schutz gegen jene bestimmt sei, "die sich den selbständigen Staat nicht wünschten und versuchen, gegen ihn vorzugehen".<sup>71</sup> Damit meinte er sowohl slowakische als auch ungarische Gegner, die mit Hilfe dieses Gesetzes kriminalisiert werden könnten, wenn sie Kritik an der Regierung üben oder gegen die schrittweise Schmälerung der Minderheitenrechte auftreten.

---

<sup>68</sup> Aus Kreisen der Koalition sickerte damals die Nachricht durch, die sich wie ein Lauffeuer verbreitete, daß Bratislava keine administrativ selbständige Hauptstadt bleiben, sondern nur eine von acht Bezirkstädten werden sollte und daß eventuell Banská Bystrica in der Mittelslowakei die Hauptstadt werden könnte, übrigens eine Hochburg der HZDS. Vgl. Ivan Sámel, *Petícia za postavenie Bratislavy ako samostatného kraja*, in: *Národná obroda*, 19.4.1996, S. 1-2. Martin Schwarz, *Mečiar's doppelter Hieb gegen die slowakische Opposition*, in: *Neues Deutschland*, 27.3.1996, S. 7.

<sup>69</sup> Laut "Sme" sollen die berüchtigten "Fünf-Mann-Teams" der Regierungsparteien zu flächendeckenden Personalsüberungen wieder eingesetzt werden, die sich nach zwei Jahren nun wieder monatlich treffen sollen, in: *Sme*, 7.4.1997.

<sup>70</sup> Parlament schválil novelu trestného zákona, in: *Národná obroda*, 18.12.1996, S. 1.

<sup>71</sup> *Národná obroda*, 28.3.1996, S. 1.

Das Gesetz zum Schutze der Republik wurde in bisher nicht gekannter Schärfe von katholischen Bischöfen, Richtern, Schriftstellern und anderen Intellektuellen, die Demonstrationen organisierten, angegriffen. Sie warnten vor der Möglichkeit neuer politischer Prozesse. Die Ablehnung der Richtervereinigung wurde für besonders wertvoll erachtet, weil man sich davon erhoffte, daß, auch wenn das Parlament das Gesetz in zweiter Lesung verabschiedete, kein Richter Widersacher des Regimes danach aburteilen würde.<sup>72</sup>

Im April 1996 verweigerte der Präsident seine Unterschrift mit der Begründung, daß Teile des Gesetzes die Meinungs- und Versammlungsfreiheit verletzen und im Widerspruch zur Verfassung und zur Europäischen Menschenrechtskonvention stünden. Auch die EU hatte die Regierung Mečiar ermahnt, die neuen Vorschriften "sorgfältig zu prüfen" und in Einklang mit den demokratischen Prinzipien zu bringen, die assoziierte Mitglieder der EU erfüllen müssen, wenn sie Vollmitglieder werden wollen.<sup>73</sup>

In der Gesetzesnovelle vom Dezember sind Sätze verändert worden, die am ehesten politischen Mißbrauch ermöglicht hätten, weil sie beliebig interpretierbar wären. So ist der zu allgemein formulierte Absatz des § 98 – Interessenschädigung der Republik – gestrichen worden, der diejenigen unter Strafe stellte, die "absichtlich falsche Informationen im Ausland verbreiten, die die Interessen der Slowakei beeinträchtigen". Der etwas umformulierte § 92 a), b) – Zerrüttung der Republik –, blieb jedoch erhalten, der bis zu drei Monaten Gefängnis oder Geldstrafen für den vorsieht, "der zur massiven Verletzung der Ordnung aufruft, die Verfassungsordnung, die territoriale Integrität oder die Verteidigungsfähigkeit der Republik zu zerstören bzw. ihre Unabhängigkeit zu untergraben versucht". Erhalten blieb auch der § 91 – Republikverrat –, der 12-15 Jahre Freiheitsentzug vorsieht.<sup>74</sup>

Auch diesmal ließ es sich ein führender Politiker der Regierung nicht nehmen, diese Passage klar zu deuten: Der Führer der Slowakischen Nationalpartei, J. Slota, verkündete, daß vor allem einzelne Politiker der ungarischen Minderheit zu den Feinden der slowakischen Selbständigkeit zählen und für ihn allein schon die Forderung nach Autonomie künftig schon als strafbar gilt.<sup>75</sup>

Die entschärfte Version des Gesetzes zum Schutze der Republik blieb ebenfalls umstritten. Das Staatsoberhaupt trug den Bedenken Rechnung und wies die Vorlage zurück. Am 12. Februar 1997 wurde die Vorlage erneut behandelt und fand bemerkenswerterweise keine ausreichende Mehrheit. Es fehlte die volle Unterstützung des dritten Koalitionspartners, der Arbeitervereinigung. Einerseits wird dies auf interne Kontroversen innerhalb der ZRS zurückgeführt, andererseits darauf, daß die Abgeordneten der Arbeitervereinigung dadurch ihre Ablehnung der Wirtschafts- und Privatisierungspolitik ihrer beiden Koalitionspartner

---

<sup>72</sup> Daniel Bútora, Slovenský parlament prijal zákon na ochranu republiky, in: Respekt, 14, 1.-8.4.1996, S. 2-3; Strafrecht in der Slowakei verschärft, in: FAZ, 27.3.1996, S. 8.

<sup>73</sup> FAZ, 6.4.1996, S. 6.

<sup>74</sup> Uplné znenie prvej hlavy Trestného zákona, in: Národná obroda, 3.4.1996 Beilage, S. III; Národná obroda, 18.12.1996, S. 1.

<sup>75</sup> Neue Zürcher Zeitung, 19.12.1996, S. 2.

zum Ausdruck brachten.<sup>76</sup> Da eine Rekodifikation des gesamten Strafgesetzes vorbereitet wird, ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

### **Die Konsequenzen von Mečiar's Politik für die SR**

Die junge Demokratie in der Slowakei gerät zunehmend in Gefahr, je mehr sich die autoritären Züge der Regierungspolitik verschärfen und je mehr die parlamentarische Ebene unterhöhlt wird. Die Regierung V. Mečiar beschäftigt sich mehr mit der Festigung ihrer eigenen Machtposition als mit der Durchsetzung demokratischer Reformen. Gegen die Opposition und im Umgang mit kritischen Stimmen im Land bedient sie sich allbekannter kommunistischer Methoden. Dies läßt den Rückschluß zu, daß die gegenwärtige Führungselite den Kommunismus noch nicht überwunden hat. Im Gegenteil, durch Besetzung einiger Schlüsselposten in Politik und Staatsverwaltung mit ehemals kommunistischen Kadern macht sie sich die alten Praktiken und Erfahrungen zunutze. Aufgrund des praktizierten politischen Stils, den große Teile der Bevölkerung als Normalität akzeptieren, kann behauptet werden, daß sich fast sieben Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus eine demokratische politische Kultur, wie sie im großen und ganzen von einem mitteleuropäischen Land zu erwarten war, noch nicht entwickelt hat.

Der slowakische Staat ist dort schwach, wo er stark sein sollte: als stabilisierendes, harmonisierendes und regulierendes Element. Er kann nur schwer seine Funktionen gegenüber der Gesellschaft erfüllen, wenn politische Entscheidungen stets eher durch Parteienkonkurrenz, politische Affären oder persönlichen Streit und Eigennutz als durch die Suche nach sachbezogenen Lösungen von bestehenden Problemen bestimmt werden.

### ***Innenpolitische Auswirkungen***

Die innenpolitische Lage der Slowakei ist seit dem Fall des kommunistischen Regimes durch immerwährende politische Instabilität gekennzeichnet, die nach der Gründung des selbständigen Staates nicht abgenommen, sondern sich in verschiedenen Phasen zu krisenartigen Situationen ausgeweitet hat. Die Tatsache, daß die gegenwärtige Regierungskoalition schon fast drei Jahre zusammenhält, trägt nicht zu einer politischen Stabilisierung der Slowakei bei. Bis zum heutigen Tage ist es noch zu keiner Konsolidierung der demokratischen Institutionen gekommen. Die tatsächliche Politik steht in krassem Widerspruch zu offiziellen Erklärungen der Regierung, den demokratischen Transformationsprozeß in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft weiter voranzutreiben. Dies kann von extremistischen Parteien, die zentrale Positionen in der slowakischen Politik besetzen, auch nicht erwartet werden.

Nach der erneuten Machtübernahme weist die Regierungspolitik der HZDS zunehmend autoritäre Züge auf. In ihrem anhaltenden Kampf, die politische Macht zu zementieren und Opposition sowie kritische Stimmen auszuschalten, verstößt sie gegen die slowakische

---

<sup>76</sup> Národná obroda, 12.2.1997, S. 1-2.

Verfassung. Weiterer Ausdruck politischer Instabilität sind die unterschiedlichen Auslegungen der Kompetenzen der Verfassungsorgane und das Ignorieren von Entscheidungen des Obersten Gerichts, das mehrere verfassungsverletzende Gesetze zurückgewiesen hatte. Wiederholte Angriffe auf die Unabhängigkeit der Massenmedien, eine regelrechte Hetzkampagne gegen den Staatspräsidenten, radikale Säuberung auf allen Ebenen der Staatsverwaltung geschehen ebenfalls im Zuge des Machtkampfs. Auch verschärfte Gesetzgebung in bezug auf Minderheiten sowie oppositionelle und kritische Kreise zeichnet den Regierungskurs aus. Durch Vertuschung, Ablenkungsmanöver und Demagogie wird versucht, die antidemokratischen Schritte entweder zu verschleiern oder sie völlig zuzudecken, damit der HZDS die Gunst der Wähler weiterhin sicher ist.

Die Radikalisierung der nationalistisch-populistischen Regierungspolitik nach 1995 führte zu einer Verschärfung des politischen Klimas in der Slowakei, wo autoritäre wie konfrontative Äußerungen an der Tagesordnung sind. Dies vertiefte erstens die bestehende Polarisierung der politischen Szene, die von Intoleranz, fehlender Kompromißbereitschaft und von Grabenkämpfen der Eliten beherrscht wird. Gerade dies beeinflusst maßgeblich die Haltungen, Orientierungen und Meinungen der Gesellschaft, deren demokratische politische Kultur sich erst herausbilden muß. Des weiteren verursachte die Regierungspolitik unter Mečiar einerseits die Radikalisierung der ungarischen Parteien und die Politisierung der Minderheiten und führte andererseits zu Verhärtung der Positionen zwischen ihnen und den nationalistisch orientierten Parteien und Bürgern. Nationalistische Äußerungen und Attacken gegen die ungarischen Parteien in Politik und Presse beschwören Feindbilder in der slowakischen Bevölkerung herauf, was zu einer – für die Slowakei eigentlich untypischen – Eskalation der Konflikte führen könnte. Erste Massenproteste bzw. Demonstrationen haben bereits stattgefunden.

Signifikantes Kennzeichen einer sich zuspitzenden inneren Krise der Slowakei ist die tiefgehende Spaltung der slowakischen Gesellschaft in zwei unversöhnliche Lager: in Gegner und Anhänger der Regierungsparteien und ihrer Politik. Durch wachsende Häufung von politischen und Privatisierungsaffären, Verleumdungen, Demagogie und Attacken einerseits und scharfe Kritik sowie Aufrufe zu Demonstrationen zur Wahrung der Demokratie bzw. der Minderheitenrechte andererseits spitzt sich die gesellschaftliche Atmosphäre immer mehr zu, so daß die Polarisierung eine feindliche Dimension erreicht hat. Sowohl eine Bestätigung der Kombination HZDS–SNS als auch ein Regierungswechsel in den kommenden Parlamentswahlen 1998, mit scharfen Attacken des Verlierers, läßt auf eine Besänftigung der Gemüter leider nicht hoffen.

Die Berichterstattung über Protestreaktionen der Opposition in den letzten zwei Jahren könnte den falschen Eindruck erwecken, daß die Mehrheit der Bevölkerung der Politik der Regierungskoalition mittlerweile ablehnend gegenübersteht und daß vorgezogene Wahlen die Entwicklung eventuell in andere Bahnen lenken würden. Angst vor einer übermächtigen Staatspartei, die vor Machtmißbrauch und politischer Verfolgung nicht haltmacht, sich durch polizeiliche Maßnahmen und gerichtliche Verfügungen legitimiert, hat einen Teil der Opposition zusammengeschweißt, der auf die Barrikaden geht, um die Demokratie zu retten.

So sind dissidentenähnlich aktive Netzwerke von Andersdenkenden in großen, politisierten Städten wie Bratislava, Košice, Komárno u.a. entstanden, denen sich im Laufe der Zeit einige Bürger angeschlossen hatten, wie die etwas gestiegenen Präferenzen der Opposition beweisen. Sie zeigen aber auch, daß Mečiar's Bewegung mit etwa einem Drittel der Wählerstimmen nach wie vor ungebrochene Popularität genießt. Anhand längerfristiger Prognosen erscheint es aber sehr fraglich, ob die Koalitionspartner der HZDS den Einzug ins Parlament wieder schaffen und diese Koalition wiederholt werden könnte.<sup>77</sup>

Der endlose und undurchsichtige Parteienkampf, der in dieser Schärfe seit vier Jahren andauert, hat allerdings wenig zur Klärung bzw. Stabilisierung des Parteienspektrums beigetragen, sondern vielmehr Gleichgültigkeit und politische Ermüdung der Bürger erzeugt. Auch haben die autoritären Praktiken zur Machtsicherung auf der kommunalen Ebene die Anpassungsmentalität der Bevölkerung verstärkt, in deren politischen Kultur die vergangenen Jahrzehnte des kommunistischen Regimes tiefe Spuren hinterlassen haben.<sup>78</sup>

### ***Außenpolitische Konsequenzen***

International ist es für die kleine Slowakei inzwischen leider symptomatisch, daß sie nach jeder Machtergreifung Mečiar's ständig mit negativen Schlagzeilen auffällt. Bratislava wurde schon mehrfach offiziell und inoffiziell von der Europäischen Union und den USA zur Einhaltung von Grundregeln der pluralistischen Demokratie ermahnt. Mečiar wie auch der ehemalige Außenminister J. Schenk spielten jedesmal die Bedenken der EU herunter oder wiesen beleidigt die Kritik als unbegründet und als "Einmischung in die inneren Angelegenheiten" zurück. Daß die Slowakei keinen guten Ruf genießt, wird mal auf die angebliche Maßlosigkeit der Kritik ihrer Gegner zurückgeführt, mal darauf, daß sie vom Westen mit anderem Maßstab gemessen wird als die anderen Reformländer.

Am meisten leidet das Ansehen gewiß unter den massiven Versuchen, den Staatspräsidenten abzusetzen, wozu auch der ungelöste Entführungsfall seines Sohnes gehört. Der Machtkampf zwischen dem Premier und dem Präsidenten führte zu einer innenpolitisch unhaltbaren Lage, die auch die Außenpolitik maßgeblich beeinträchtigt. V. Mečiar und der

---

<sup>77</sup> Laut Meinungsumfragen der Agentur FOKUS von Dezember 1996 bis März 1997 würden, wenn es morgen Wahlen gäbe, die Parteien wie folgt abschneiden: Die HZDS besitzt weiterhin das Vertrauen eines großen Teils der Slowaken (24,3%; 1994: 34,96%). Die Nationalpartei (SNS) bewegt sich seit 1997 zwischen 5,2 und 8,4% (1994: 5,4%); die Arbeitervereinigung (ZRS) seit Jahren nur um 4,3% (1994: 7,34%), womit sie aus dem Parlament ausscheiden würde. Im Oppositionslager schneiden die Parteien seit 1997 ziemlich konstant ab: die Christdemokraten (KDH) mit 12,1% (1994: 10,8%), die Demokratische Union (DU) mit 12,1% (1994: 8,5%), die Demokratische Linke (SDL) 10,0% (1994: 10,41% in der Viererkoalition "Gemeinsame Wahl"). Die Ungarischen Christdemokraten (MKDH) bewegen sich zwischen 7,3% und 4,7% der Stimmen (1994: 10, 18% in der Ungarischen Koalition). Die im Parlament nicht vertretene Demokratische Partei (DS) erreicht ziemlich konstant 5,6%, womit sie diesmal ins Parlament einziehen würde (1994: 3,43%). Vgl. Národná obroda, 9.4.1997, S. 2; E. Schneider, Die Ergebnisse der Parlamentswahlen in der Slowakei, Aktuelle Analysen des BIOst, 62/1994.

<sup>78</sup> So haben bei derselben Meinungsumfrage ganze 19,6% der Bürger ausgesagt, daß sie nicht wählen gehen würden und 10,6%, daß sie nicht wüßten, wen bzw. keine Angaben machen wollten. Vgl. Národná obroda, 9.4.1997, S. 2.

Parlamentsvorsitzende I. Gašparovič ignorieren seit längerem das Staatsoberhaupt völlig. Das Außenministerium verkehrt mit der Präsidentenkanzlei offiziell seit längerem auch nicht mehr, keiner verabschiedet oder begrüßt den Präsidenten bei Auslandsreisen u.ä. Dies geschieht völlig irrational, ohne Rücksicht auf außenpolitische oder wirtschaftliche Konsequenzen.<sup>79</sup> Auch mangelnde Rücksicht die Problematik der ungarischen Minderheit könnte die Slowakei international weiter in die Isolation führen. Daß sich bereits solche Anzeichen mehren, zeigen vor allem Meldungen aus dem Ausland, die besagen, daß die Slowakei immer mehr ins zweite Glied der potentiellen Kandidaten für NATO und EU rückt.

Nach der zweiten warnenden diplomatischen Note 1995, diesmal von den USA, die die Machtanhäufung in einer Hand und das Vorgehen gegen das Staatsoberhaupt kritisierte, reagierte Mečiar trotzig. Auf einer Parteiveranstaltung erklärte er, daß Sorgen, ob die Slowakei in die EU aufgenommen werde, fehl am Platz seien, denn Europa brauche das Land wegen der geographisch-strategischen Lage ohnehin.<sup>80</sup> Im allgemeinen ist jedoch eine gewisse Irritation der slowakischen Führung spürbar, die sich nur schwer damit abfindet, daß sie – trotz der neu gewonnenen Unabhängigkeit – angesichts ihrer integrationspolitischen Absichten der Meinung der westlichen Partner besondere Beachtung schenken muß.

Während die Slowakei noch bis vor drei Jahren zu den Kandidaten mit den größten Beitrittschancen zur EU und NATO zählte, wurde sie danach immer seltener erwähnt, bis im Mai 1997 der österreichische Europaabgeordnete Swoboda in Bratislava äußerte, daß inzwischen auch die EU-Kommission erwäge, die SR als einzige nicht zu Aufnahmeverhandlungen einzuladen.<sup>81</sup> Die Koalitionsparteien SNS und ZRS haben ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Beitritt niemals verhehlt, und auch innerhalb der HZDS gibt es eine starke Gruppe, die ebenso denkt. Trotzdem hielten Gestalter der slowakischen Außenpolitik lange an dem offiziellen Standpunkt fest, daß die SR darauf zähle, in der ersten Welle der EU- und NATO-Erweiterung berücksichtigt zu werden. Zu Beginn des Jahres 1998 wird die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU erwartet, wofür Vorbereitungsstrategien entwickelt und ein Institut zur Angleichung der Gesetzgebung beim Regierungsamts geschaffen wurde. Erst vor kurzem erklärte Mečiar zum ersten Mal, daß die Slowakei wahrscheinlich aus der ersten Gruppe der NATO-Anwärter herausgefallen sei, wofür er eine Verschwörung auf dem Helsinki-Gipfel zwischen Clinton und Jelzin verantwortlich machte.<sup>82</sup>

---

<sup>79</sup> Als ein Beispiel dafür könnte die Reise des Präsidenten nach Asien im April 1996 angeführt werden, bei der er trotz gründlicher Vorbereitung und ausdrücklicher Einladung von keinem Regierungsdiplomaten und Wirtschaftsteam begleitet wurde, obwohl China zuvor ein Interesse an Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen beider Länder zum Ausdruck gebracht hatte. Vgl. Ivan Horský, Konflikt koalície s prezidentom sa peniesol až na čínsku pôdu, in: *Národná obroda*, 18.4.1996, S. 9.

<sup>80</sup> Kritik der EU an der slowakischen Regierung, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 28/29.10.1995, S. 3.; Amerikanische Kritik an der slowakischen Innenpolitik, in: *FAZ*, 30.10.1995.

<sup>81</sup> *FAZ*, 15.5.1997, S. 9.

<sup>82</sup> Vgl. I. Horský, Z prvého kola rozširovania aliancie sme sa vyradili sami, in: *Národná obroda*, 25.3.1997, S. 9.

Die Frage der NATO-Mitgliedschaft sollte zudem auf Wunsch der Regierungskoalition von einer Volksabstimmung abhängig gemacht werden, die auf den 23.-24. Mai 1997 angesetzt wurde. Die Volksabstimmung hat in der erwarteten Form nicht stattgefunden, da die Zustellung der Wahlzettel vom neuen Innenminister Gustáv Krajčí vereitelt worden ist. In einer Erklärung der Zentralen Referendumskommission, in der die Opposition in der Mehrheit ist, wurde die Regierung beschuldigt, die Abhaltung der Abstimmung sabotiert zu haben. Ministerpräsident Mečiar und sein Innenminister behaupteten demgegenüber in scharfem Ton, die politischen Gegner hätten die ordnungsgemäße Abhaltung der Abstimmung verhindert. Der Grund dafür war ein Streit um die Volkswahl des Präsidenten, zu der die Oppositionsparteien zu Beginn dieses Jahres mit einer Unterschriftensammlung unter der Bevölkerung ein Referendum erzwungen hatten. Kováč, der dieses Anliegen selber unterstützte, schrieb dann beide Gegenstände, die NATO und die Volkswahl des Präsidenten der SR, für das gleiche Datum aus. Mečiar drohte früh schon damit, er werde ein Referendum über die Volkswahl des Präsidenten nicht zulassen, und die Regierung unternahm kurz vor dem Urnengang wiederholt Demarchen beim Verfassungsgericht, um prüfen zu lassen, ob die umstrittene Fragestellung mit dem Grundgesetz vereinbar sei. In einem Formfehler, auf den das Gericht schließlich aufmerksam machte, sah der Innenminister einen ausreichenden Grund, um die vierte Frage zur Präsidentenwahl von dem Wahlzettel zu streichen, obwohl das Verfassungsgericht auch festgehalten hatte, daß an einem ausgeschriebenen Referendum nicht mehr gerüttelt werden könne.<sup>83</sup>

Der bis zuletzt andauernde Streit darüber, ob drei oder vier Fragen dem Wahlvolk vorgelegt werden sollten, und die Verhinderung der Abstimmung über die vierte Frage im letztem Augenblick, hatte das Referendum in ein Chaos in den Wahlbüros ausarten lassen. Er führte dazu, daß auch über die NATO kein Ergebnis erreicht werden konnte.<sup>84</sup> Auf dem Wahlzettel sollte nur die Frage gestellt werden, ob die SR Mitglied der NATO werden soll. Es erschienen dazu aber noch zwei weitere Suggestivfragen, ob die Stationierung von Kernwaffen und fremden Militärbasen auf slowakischen Territorium wünschenswert wären, obwohl gerade diese beiden Punkte bei der Osterweiterung der NATO niemals in Erwägung gezogen worden waren.<sup>85</sup> Die Fragestellung war offensichtlich eine gewollte Irreführung. Obwohl die Regierung offiziell für die Mitgliedschaft in der NATO eintritt, ließ sie die beiden Zusätze eher als Abschreckung aufnehmen. Die Deutung liegt nahe, daß die Volksbefragung als eine innenpolitische Alibiübung vor dem Madrider NATO-Gipfeltreffen erscheint: Bei einem Ja hätte sich sagen lassen, daß die Allianz, indem sie die Slowakei nicht akzeptiere, sich über den Willen eines ganzen Volkes hinwegsetzte; bei einem Nein wäre es möglich gewesen, die ablehnende Haltung des Bündnisses als bedeutungslos hinzustellen, da doch die Bevölkerung den Beitritt selber verwerfe.

---

<sup>83</sup> Vgl. *Národná obroda*, 24.5.1997, S. 1, 26.5.1997, S. 1-2 und 6; *Neue Zürcher Zeitung*, 26.5.1997, S. 1.

<sup>84</sup> Unsicherheit erzeugt, daß die Stimmbeteiligung lediglich etwa 10% betrug, wobei 50% nötig gewesen wäre.

<sup>85</sup> Eine weitere Frage der SNS, ob sie für die Neutralität der SR wären, wurde knapp abgelehnt. In einer Meinungsumfrage vom Jahreswechsel sprachen sich 35% der Befragten für, 25% gegen den Beitritt, fast ein Drittel war unentschlossen. Vgl. *Národná obroda*, 15.2.1997, S. 1 und 9.

Die unschönen Umstände, unter denen das Referendum gescheitert ist, haben die politische Atmosphäre weiter vergiftet. Die Opposition will im Parlament den Rücktritt des Innenministers fordern und einen Gesetzesentwurf für die Volkswahl des Staatsoberhauptes einbringen. Der Innenminister Krajčí kündigte seinerseits an, er werde alle Bürgermeister verklagen, die sich geweigert hätten, die Wahlzettel mit lediglich drei Fragen zu übernehmen, und somit den Urnengang boykottiert haben.<sup>86</sup>

Nach diesem Geschehen kann erwartet werden, daß das westliche Ausland nun die Slowakei endgültig als eine Krisenzone betrachtet und damit die Chance auf Teilnahme an der europäischen Integration endgültig verlorengelht. Daraus könnten sich weitreichende außenpolitische, aber auch wirtschaftliche Konsequenzen für den slowakischen "Zwerg" ergeben. Die SR steht an der sich neu abzeichnenden Grenze zwischen West und Ost, und die Gefahr, daß sie sich dem Einfluß der Russischen Föderation nicht länger wird entziehen können, ist angesichts ihrer doppeldeutigen Außenpolitik recht groß.<sup>87</sup> Zunehmendes Abweichen vom Kurs demokratischer Reformen gefährdet die angestrebte Aufnahme des Landes in die EU und die NATO. So warnte bereits in Dezember 1996 Präsident Kováč in seiner Rede zur Lage der Nation: "Das könnte am Ende dazu führen, daß die Slowakei ihre historische Chance verpaßt".<sup>88</sup>

## Fazit

Die Art der Machtausübung der amtierenden slowakischen Regierung zeigt, welche Schwierigkeiten die postkommunistischen Eliten sieben Jahre nach dem Systemwandel mit der Demokratie und ihren Regeln noch immer haben. Gleichzeitig ist augenfällig, wie wichtig es für sie ist, in dem vor fünf Jahren neu konstituierten Staat überwiegend nationalistische Vorstellungen durchzusetzen. Wohin dies gegebenenfalls führen kann, ist bereits in den unterschiedlichsten Schattierungen im östlichen bzw. südöstlichen postkommunistischen Europa zu beobachten.

Eine eindeutige Zuordnung der Slowakei zu den Ländern, die ihre demokratische Ordnung festigen und die Wirtschaftstransformation beenden wollen, fällt anhand der Widersprüche in der Innen- und Außenpolitik immer schwerer. Die langsame Herausbildung der politischen Szene, die Zusammensetzung der wirtschaftlichen und politischen Führungseliten sowie die Beschaffenheit der politischen Kultur weisen auf bestehende Defizite hin und deuten auf tiefe Krisensituationen auf ihrem Weg dahin.

Diese Feststellung schließt trotzdem eine Alternativentwicklung der SR nicht aus. Eine fähige politische Elite, die imstande wäre, das Land demokratisch zu regieren, ist hier jedenfalls vorhanden. Die Entwicklung nach 1989 unter den slowakischen Regierungen M. Čič, J.

---

<sup>86</sup> Ebenda.

<sup>87</sup> Näheres dazu bei: M. Wlachowský, Die doppeldeutige Außenpolitik der Regierung Mečiar (Teil 1 und 2), Aktuelle Analysen des BIOst, 65/1996 und 66/1996.

<sup>88</sup> Vgl. FAZ, 12.12.1996, S.9.



Čarnogurský und J. Moravčík hat es bewiesen. Vor allem die Bildung der Rechts-Mitte-Links-Koalition unter Moravčík 14 Monate nach Erlangung der Unabhängigkeit hat gezeigt, daß der Lernprozeß bei den politischen Eliten schneller vorangeht als bei der Bevölkerung. "Scharfe Konfliktsituationen können offensichtlich auch funktionelle Demokraten hervorbringen", schreibt Szomolányi.<sup>89</sup> Dieser Elite ist es zwar nicht gelungen, sich an der Macht zu halten, was bei den derzeit diffusen Wertvorstellungen und der Desorientierung der Bevölkerung keine Aussage über die künftige Entwicklung der Slowakei sein muß, vorausgesetzt die wirtschaftliche Lage stabilisiert sich weiter.

Aufgrund der geographischen Lage und der historischen Einbettung in Europas Mitte besteht weiterhin die Chance, daß der Zustand einer konsolidierten Demokratie und gewisse politische Stabilität in nächster Zeit erreicht werden kann. Allerdings unter der Voraussetzung, daß die Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft, die Slowakei wieder auf den richtigen Kurs zu bringen, nicht nachlassen. Wenn die SR nicht von vornherein ausgeschlossen wird und mit ihr trotz ihrer problematischen Innenpolitik Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden, könnte verhindert werden, daß sie in die Isolation und somit in die russische Sphäre abdriftet.

---

<sup>89</sup> S. Szomolányi, a.a.O., S. 29.

**Eleonora Schneider**

## **Quo Vadis, Slovakia?**

From Nascent Democracy to Authoritarianism?

Bericht des BIOst Nr. 36/1997

### **Summary**

#### *Introductory Remarks*

The emergence of the sovereign state of the Slovak Republic (official title: *Slovenská republika*, SR, usually abbreviated to *Slovensko*) marked the beginning of an evolution that exhibits a number of contradictory trends. Since the present government under Vladimír Mečiar came to power, pronounced anti-democratic and nationalist tendencies have been apparent in Slovak politics. These developments, which are the subject of the present report, are on the one hand reflected in the authoritarian style of government, while on the other hand they are mirrored in the new legislation.

The report is based essentially on analyses by Slovak social scientists at the Academy of Sciences and at the Comenius University in Bratislava and on the Slovak daily press.

#### *Findings*

1. The political crisis in Slovakia has by now become a permanent condition, although parliament has consolidated itself in a manner that is democratically dubious. One significant factor contributing to the crisis is the ongoing power struggle between the government and the opposition, which has escalated into a relentless feud over the future development of Slovakia.
2. After coming to power in 1994, the government coalition proceeded to consolidate all parliamentary competences in its own hands and to fill positions in the controlling bodies (for instance in the parliamentary committees and in the radio and television supervisory boards) with persons they can count upon to act along their own lines. In doing so, it severely curtailed the opposition's participatory rights. With a simple majority (82 out of 150 votes), laws have been passed which significantly extend the rights of the executive in all realms of society. Thanks to these encroachments on parliamentary control, to their political influence, and to their nepotistic structures, the three government parties have managed by and by to occupy all the positions in the state and the economy that are crucial to the ability to steer the state and to shape public opinion.
3. The unscrupulous campaign against President Michal Kováč, culminating in the kidnapping of his son, an episode which has not been solved to this day, sent Slovakia into

a "state of emergency". All the evidence points to the Slovak secret service SIS having been behind the abduction. Top-level officials are involved in the case, namely SIS chief Ivan Lexa and Interior Minister Ludovít Hudek (both of the HZDS), who were later removed from office. The course of the investigations into the kidnapping - with a massive cover-up attempt by the current investigating team and the state prosecutor's office, with the state television taking part in a counter-campaign, with witnesses being manipulated and even with an assassinated ex-detective - gives grounds for serious concerns about the legal and constitutional standards of the Slovak state and the role of the secret service.

4. Towards the end of 1995 and in the course of 1996, parliament had passed a number of controversial laws that created great agitation in the opposition camp and among sectors of the public that are critical of the government. By introducing a new "Language Act" and a reform of the local authority boundaries and administration, the government is attempting in small steps to reduce the legal status of the Hungarian ethnic group living in southern Slovakia to a historically founded minority standard. And a Law on the Protection of the Republic was intended to open up every opportunity to make criticism of the government punishable by law.
5. The anti-Hungarian policies and nationalist propaganda being waged by the governing parties also cast doubt on the historic significance of the Slovak-Hungarian bilateral security treaty. Above all, the political intention to implement in practice the minority rights that the treaty guarantees appears dubious.
6. The Mečiar government's policies are having a detrimental effect on systemic reform and the stability of the country. Slovakia's young democracy is more and more at risk, the more the authoritarian traits of the government's policies come to the fore and democracy is hollowed out at the parliamentary level. Vladimír Mečiar and his government are more concerned with consolidating their own political and economic power than with implementing democratic reforms and economic transformation. This has earned Slovakia severe international criticism on more than one occasion.
7. Also, Mečiar's policies have given rise to irreconcilable differences within the country, which Slovak social scientists have characterised as a profound polarisation of society into two intransigent camps, into supporters and opponents of the governing parties. This split in the political sector has by now also spread to society, the sciences and culture. Nationalist demagogy, a harsher policy towards the minorities and the radicalisation of Hungarian criticism in public opinion are also starting to deepen the dividing line along the ethnic interfaces.
8. As far as foreign policy is concerned, the departure from the course of democratic reforms could have serious consequences. If Slovakia were to be excluded from the circle of candidates for membership of the EU and NATO, the result would be international isolation. Slovakia's increasing fixation on collaboration with the Russian Federation would be no real substitute.